

18. Sitzung

am Montag, dem 30. November 2020

Inhalt

**Regierungserklärung des Senats zum
Thema „Bekämpfung des Coronavirus,
der SARS-CoV-2-Pandemie“**

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.....	2310
Abgeordneter Thomas Röwekamp (CDU).....	2316
Abgeordneter Mustafa Güngör (SPD).....	2320
Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	2323

Abgeordneter Nelson Janßen (DIE LINKE)	2325
Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP).....	2329
Abgeordneter Thomas Röwekamp (CDU).....	2332
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte	2333

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Sandra Ahrens, Sigrid Grönert, Volker Stahmann,
Muhammet Tokmak, Holger Welt.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 18. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Guten Morgen meine Damen und Herren, ich begrüße Sie hier in der ÖVB-Arena!

Das ist das vierte Mal dass wir jetzt an einem anderen Ort tagen, aber wir hoffen, dass wir die Pandemie bald hinter uns lassen werden und wir hoffen auch, dass wir bald in unser Parlamentsgebäude zurückkehren können. Der Umbau ist im Zeitplan, das kann ich Ihnen hier schon zusichern.

Ich will Ihnen noch sagen, dass hier heute auch die Abstandsregeln gelten und dass hier auch die Maskenpflicht gilt. Die Abstandsregeln gelten übrigens auch für die Personen, die von der Maskenpflicht befreit sind. Nicht dass Sie glauben, dass Sie sich daran nicht halten müssen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung entnehmen können.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F., Abgeordneter Thomas Jürgewitz [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Regierungserklärung des Senats zum Thema „Bekämpfung des Coronavirus, der SARS-CoV-2-Pandemie“

Der Senat hat mit dem Schreiben vom 24. November 2020 gemäß § 50 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die Absicht mitgeteilt, eine Regierungserklärung abzugeben.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte. – Bitte sehr!

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun also zum vierten Mal eine Regierungserklärung zum Thema Corona. Das ist allerdings der Bedeutung des Themas durchaus angemessen.

Gestern brannten in vielen Haushalten die ersten Kerzen auf dem Adventskranz und insbesondere dort, wo Kinder zur Familie gehören, wächst langsam aber sicher die Vorfreude auf das Weihnachtsfest.

All das erinnert uns jeden Tag daran, wie auch die festliche Beleuchtung draußen und viele andere Dinge mehr, dass das Jahr 2020 langsam, aber sicher, zu Ende geht. Zum Glück, werden viele von Ihnen und viele andere Menschen jetzt sagen, denn das Jahr 2020 war mit Sicherheit kein einfaches Jahr. Im Gegenteil, das Jahr war für viele, vielleicht sogar für die meisten von uns, ein Jahr voller Sorgen, voller Ungewissheit und, ja, bei etlichen auch ein Jahr der Existenzangst.

Auch in unseren beiden Städten haben Menschen, viel zu viele Menschen durch das Virus ihr Leben verloren. Wir haben bis heute allein in unserem kleinen Bundesland 121 Tote zu verzeichnen. Dahinter stehen Schicksale, nicht nur die nackte Zahl ist erschreckend. Dahinter stehen Menschen, die ohne Corona heute noch unter uns wären. Menschen, die von ihren Angehörigen vermisst und betrauert werden.

Lassen Sie mich angesichts dieser Situation, angesichts der schlimmen Folgen der Coronapandemie auch bei uns, deshalb zu Beginn meiner Regierungserklärung kurz auf diejenigen eingehen, die vor allem in den vergangenen Wochen immer aggressiver gegen Parlamente und Regierungen, gegen Gesundheitsämter und Polizei, gegen Wissenschaft und Medien hetzen.

Die sogenannten Querdenker, die schon die Existenz des Virus leugnen, zumindest aber alle Beschränkungen ablehnen und ohne Maske und ohne Abstand und ohne Anstand zu Tausenden durch die Innenstädte ziehen. Die sich mit Sophie Scholl und Anne Frank vergleichen und die sich damit mit von den Nazis ermordeten Widerstandskämpferinnen und -kämpfern auf eine Stufe stellen

und die das neue Infektionsschutzgesetz des Bundes allen Ernstes mit dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten vergleichen und damit alle Opfer der Hitler-Diktatur öffentlich verhöhnen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns dies alles als das benennen, was es ist: abstoßend, zynisch und dumm.

(Beifall)

Ja, wir brauchen eine offene, eine lebendige, eine streitbare und kontroverse Diskussion über den richtigen Umgang mit der Pandemie. Da gibt es nicht nur eine Auffassung, da gibt es nicht nur eine Wahrheit. Da muss um den richtigen Weg gerungen werden, manchmal auch polemisch. Aber genau dazu, zu dieser Diskussion tragen die Querdenker mit ihrem wissenschaftsfeindlichen Geschwurbel, ihren Verschwörungsmythen und ihren extremistischen Ideologieversatzstücken nicht bei. Hier sind wir als Demokratinnen und Demokraten, ungeachtet unterschiedlicher Positionen im Einzelfall, aufgefordert, klare Kante zu zeigen. Ich bin froh und dankbar, dass ich in dieser Frage, dass ich an diesem Punkt den allergrößten Teil der Menschen im Land Bremen hinter mir weiß und natürlich auch den allergrößten Teil der Abgeordneten hier in diesem Hohen Hause, und dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir an den bevorstehenden Jahreswechsel denken, kommen ganz unweigerlich Bilder der Neujahrsempfänge vom Jahresbeginn in den Sinn. Mit den vielen Gästen im Bremer Rathaus, in der Bremerhavener Stadthalle und – weil im Haus der Bürgerschaft ja derzeit die Handwerker das Sagen haben – auf Einladung des Bürgerschaftspräsidenten im Januar in der Glocke – dicht gedrängt, gut gelaunt, in großen und kleinen Gruppen beisammen stehend und voller Zuversicht in angeregte Diskussionen darüber vertieft, was das damals noch neue Jahr wohl bringen würde.

Das COVID-19-Virus spielte dabei, obwohl es zu diesem Zeitpunkt natürlich schon bekannt war und wir wussten, was sich in China abspielt, fast keine Rolle in den Gesprächen. Und wohl niemand von uns konnte sich damals, als wir bei den Empfängen miteinander plauderten, vorstellen, wie sich dieses Jahr 2020 tatsächlich entwickeln würde.

Meine Damen und Herren, ich glaube allerdings, wenn wir in einigen Jahren zurückblicken, dann werden wir uns nicht nur an ein Jahr der Existenzangst, der Sorgen und der Nöte erinnern, ein Jahr, in dem durch die globale Pandemie alles aus den Fugen geriet und in dem die tiefe Sehnsucht der Menschen nach Sicherheit und Berechenbarkeit im Leben enttäuscht, häufig bitter enttäuscht wurde. Wir werden uns vermutlich auch an ein Jahr, das klingt etwas paradox, der Hoffnung erinnern, weil wir uns immer wieder gefragt haben und immer gehofft haben, dass das kommende Jahr ein besseres wird. Wer hofft nicht, dass die Sorgen verschwinden und wir wieder unbeschwert in die Zukunft blicken können. Oder ganz konkret gefragt: Wer hofft nicht, dass endlich der Impfstoff kommt, mit dem das Virus wirksam eingedämmt werden kann.

Meine Damen und Herren, die Geschwindigkeit, mit der in den vergangenen Monaten gleich mehrere Impfstoffe entwickelt wurden, grenzt an ein – ich glaube man kann es so nennen – wissenschaftliches Wunder, das nicht nur mich tief beeindruckt hat. Das ist eine wirkliche Leistung der modernen Medizin und der modernen Wissenschaft.

Wenn ich an dieser Stelle allerdings einen Wunsch habe oder einen Wunsch äußern dürfte, würde ich mich, ehrlich gesagt, freuen, wenn die Welt, wenn die Wissenschaft, wenn die Medizin demnächst den gleichen Aufwand treiben würden, um andere Geißeln der Menschheit zu besiegen, die es in vielen Teilen der Welt, vielleicht nicht in Europa, aber anderswo, gibt. Ich würde mich freuen, wenn der gleiche Aufwand getrieben würde, um zum Beispiel die Malaria in Afrika endlich auszurotten.

Die Erfolge bei der Entwicklung des Impfstoffes gegen COVID-19 zeigen, dass ist möglich, wenn wir es nur wollen. Wenn wir all unsere Kraft und unser Geld in die medizinische Forschung fließen lassen, dann ist es auch möglich, noch ganz andere Krankheiten, die mindestens eine so große Geißel der Menschheit sind, zu besiegen. Ich denke, das ist eine der wichtigen Lehren aus der Entwicklung des COVID-19-Impfstoffs.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die Impfstoffe sind gefunden, die Mittel zur Überwindung der Pandemie sind grundsätzlich da und dennoch – die Freiheit ist noch lange nicht zurück. Die Impfstoffe müssen noch zugelassen, produziert und ausgeliefert werden. Die Menschen müssen dafür gewonnen werden, sich impfen zu lassen und

auf den Staat kommt eine logistische Herausforderung ohne Beispiel zu. Ich bin sicher, wir werden das bewältigen, wie wir so vieles in diesem Jahr mit Gemeinsinn und Solidarität bewältigt haben, aber leicht wird es nicht – und wir werden dafür noch Zeit brauchen.

Deshalb, das ist leider so, müssen wir auch weiterhin alle Maßnahmen jenseits des Impfens ergreifen, die erforderlich sind, um die Pandemie auch ohne Impfstoffe zu kontrollieren. Wir müssen auch weiterhin alles unternehmen, um eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern und Gesundheit und Leben der Menschen zu schützen. Aber wir können das jetzt immerhin mit einem hoffnungsvollen Blick in die Zukunft tun!

Meine Damen und Herren, die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben sich mit der Bundeskanzlerin am vergangenen Mittwoch darauf verständigt, die für den November gefassten Beschlüsse in den Dezember hinein nicht nur zu verlängern, sondern zum Teil auch zu verschärfen. Der Erfolg des bisherigen teilweisen Lockdowns ist umstritten, das ist mir bewusst, allerdings fällt mein Fazit nicht so kritisch aus, wie das von anderen.

Das erste Ziel der Maßnahmen der Novemberbeschlüsse war, daran müssen wir uns erinnern, das exponentielle Wachstum der Neuinfektionen zu durchbrechen. Dieses Ziel ist, das kann man jetzt mit großer Sicherheit sagen, im Großen und Ganzen erreicht worden, und zwar in ganz Deutschland. Das zweite Ziel war, eine Trendumkehr zu erreichen und die Zahlen der Neuinfektionen wieder deutlich nach unten zu drücken. Dieses Ziel, auch da kann es keinen Zweifel geben, haben wir in vielen Teilen Deutschlands noch nicht erreicht. In einigen Teilen allerdings schon.

Was speziell das Land Bremen betrifft, kann man mit aller gebotenen Vorsicht sagen: Die Entwicklung verläuft durchaus positiv. Seit drei Wochen geht die sogenannte 7-Tage-Inzidenz langsam, aber kontinuierlich von einem bundesweiten Höchstwert von 255 in der ersten Novemberwoche, die Zahl für das ganze Land, auf einen unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Wert von 115 am gestrigen Sonntag zurück.

Nun gibt es einige, die sagen, das sei doch nur die Folge einer veränderten Teststrategie. Wenn man sich die Zahlen anschaut, dann lässt sich dadurch aber, auch wenn es gewisse Auswirkungen gehabt haben mag, dieser starke Rückgang der Zahlen nicht erklären. Vor allen Dingen lässt sich eines

nicht mit dem Verweis auf eine geänderte Teststrategie erklären: Die deutliche Verbesserung der Inzidenzzahl des Landes Bremen im bundesweiten Durchschnitt. Wir lagen Anfang November an der Spitze und wir liegen jetzt an achter oder neunter oder zehnter Stelle der Bundesländer, ich weiß es nicht ganz genau.

Da alle Bundesländer ihre Teststrategie verändert haben, kann diese relative Verbesserung nicht das Ergebnis einer veränderten Teststrategie gewesen sein. Auch sonst ist, ich habe es eben gesagt, der Rückgang bei den Zahlen zu deutlich, als dass sie ausschließlich oder zum größten Teil darauf zurückgeführt werden könnten.

Meine Damen und Herren, dass das so gekommen ist, ist, ich sage es ganz ehrlich, nur zum Teil eine Folge der getroffenen staatlichen Maßnahmen. Ganz wesentlich ist diese Entwicklung ein Erfolg der Bremerhavenerinnen und der Bremerhavener und der Bremerinnen und Bremer, die sich ganz überwiegend aus innerer Überzeugung an die Coronaregeln halten. Es ist ganz klar und ich habe es immer wieder gesagt: Erfolge bei der Bekämpfung der Pandemie haben wir nur, wenn wir die Köpfe der Menschen erreichen, wenn wir das Verhalten jedes Einzelnen ändern, natürlich gestützt durch staatliche Maßnahmen, natürlich gestützt durch staatliche Kontrollen. Aber der Kern ist die Verhaltensänderung in der Gesellschaft insgesamt. Nur durch eine solche Verhaltensänderung können Erfolge bei der Bekämpfung der Pandemie nachhaltig erzielt werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich habe mir bei der Vorbereitung dieser Regierungserklärung angeschaut, wie die Lage im Frühjahr war. Das hat mir noch einmal vor Augen geführt: Es dauert leider einfach, bis Maßnahmen beginnen zu wirken. In den ersten zwei Wochen nach Verschärfungen oder Beschränkungen sieht man praktisch noch gar keinen Effekt, im Gegenteil ist es gut möglich, dass die Zahlen erst einmal weiter steigen. Erste wirkliche Effekte stellen sich nach zwei bis drei Wochen ein und eine richtige Trendwende braucht zumeist deutlich länger.

Meine Damen und Herren, damit allerdings kein Missverständnis entsteht: Natürlich sind auch die aktuellen Zahlen im Land Bremen noch viel zu hoch. Sie sind deutlich höher, als wir uns das wünschen und sie sind auch deutlich höher, als dass sie dauerhaft tragfähig sein könnten. Selbstverständ-

lich, auch das muss gesagt werden, ist jeder Inzidenzwert nur eine Momentaufnahme. Wenn er ganz hoch liegt, ist er eine Momentaufnahme, und wenn er niedrig liegt, ist er leider auch nur eine Momentaufnahme. Jeder Trend kann sich jederzeit wieder umkehren. Ich glaube, das müssen wir uns immer wieder ganz deutlich sagen. Aber: Diese Vorbehalte gemacht, kann man doch abschließend feststellen, dass die Novembermaßnahmen wirken, dass die gewünschten Effekte eintreten und dass es deshalb sinnvoll ist, auf dem eingeschlagenen Weg weiter zu gehen und die Maßnahmen zu verlängern.

Im Einzelnen hat die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten deshalb beschlossen, die Einschränkungen für den Kultur-, Veranstaltungs- und Freizeitbereich, für die Gastronomie und Hotellerie und für weitere Bereiche jedenfalls bis zum 20. Dezember fortzuschreiben. Bis zum 20. Dezember deshalb, weil Verordnungen grundsätzlich immer für einen Monat befristet sein sollen, die das Coronaregime konterkarieren. Aber, ehrlicherweise gehen wir, gehen alle davon aus, dass diese Maßnahmen bis in den Januar hinein erforderlich sein werden.

Immerhin, auch das haben die Länder und die Bundesregierung beschlossen: Wir lassen die Gastronomie, die Hotellerie, die Kultureinrichtungen, die Veranstaltungswirtschaft, die Schausteller und alle anderen, die ihre Geschäfte schließen müssen, auch künftig wirtschaftlich nicht im Stich. Es gab den eindeutigen Beschluss: Die Novemberhilfen werden durch die Dezemberhilfen ergänzt, damit diejenigen, daran müssen wir uns ja erinnern, die die Last der Pandemiebekämpfung tragen, obwohl es ja keinen absoluten Nachweis darüber gibt, dass das Infektionsgeschehen genau in den Branchen entstanden ist, dass diejenigen, die im Gemeinwohlinteresse Einbußen hinnehmen müssen, dafür auch wirtschaftlich entschädigt werden. Das ist nicht nur eine politische Entscheidung, sondern das ist auch ein Gebot der Fairness.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, um das Infektionsgeschehen weiter zu bremsen, haben wir zudem die Kontaktbeschränkungen nochmals verschärft. Nunmehr dürfen sich nicht mehr zehn, sondern nur noch fünf Personen aus zwei Haushalten treffen, wobei Kinder nicht mitgezählt werden.

Wir werden die Vorgaben für den großflächigen Einzelhandel noch einmal verschärfen, um Menschenballungen und -ansammlungen in der Weihnachtszeit in den Geschäften zu verhindern und wir werden auch noch an verschiedenen anderen Punkten bestimmte Nachjustierungen vornehmen, zum Beispiel was die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung betrifft.

Meine Damen und Herren, wir haben uns auch darauf verständigt, die Hot-Spot-Strategie weiterzuentwickeln. Bisher und auch weiterhin gilt: Es werden lokale Beschränkungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten ergriffen, die den nationalen Schwellenwert einer Inzidenz von 50 überschreiten.

Nachdem aber fast ganz Deutschland zum Teil deutlich über diesem Wert liegt, haben wir uns auf weitere Maßnahmen geeinigt, sobald die Inzidenz auf einen Wert von mehr als 200 bei einem diffusen Infektionsgeschehen steigt. Denn dort, wo das Infektionsgeschehen Extreme erreicht, dort müssen auch andere Regeln gelten. Das ist nicht nur im Interesse eines effektiven Gesundheitsschutzes erforderlich, sondern das gebietet auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Welche Maßnahmen das dann im Einzelnen sind, das kann und muss nur in den betroffenen Ländern oder Regionen entschieden werden, denn der reine Inzidenzwert sagt ja noch nichts über den konkreten Ort des Infektionsgeschehens und die effektivste Art, dieses Geschehen zu begrenzen, aus. Oder lassen Sie es mich anders ausdrücken: Wie die Pandemie etwa im thüringischen Hildburghausen am besten bekämpft wird, das wissen die Behörden dort viel besser als an allen anderen Orten der Republik. Deshalb ist es richtig, die allgemein bundesweit geltenden Beschlüsse durch eine spezifische Strategie für Orte mit ganz besonders extremen Infektionsgeschehen zu begrenzen.

Ich habe nur die Hoffnung, dass wir in unserem Land nicht mehr in diese Kategorie hineinfallen, dass wir diesen Schwellenwert nicht überschreiten werden, aber richtig ist es in jedem Fall, eine Strategie für besonders betroffene Hot-Spots entwickelt und beschlossen zu haben.

Im Ergebnis hat sich die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten, auch das ist, glaube ich, sehr wichtig, sehr einträchtig erneut dazu bekannt, Schulen und Kitas die allergrößte Priorität einzuräumen und so lange es geht, an einem umfassenden Präsenzunterricht festzuhalten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das heißt natürlich nicht, dass Halbgruppen-Unterricht verboten ist, das heißt nicht, dass Schulen und Kitas nicht doch zeitweise geschlossen werden dürfen oder vielleicht sogar müssen – aber immer nur im Einzelfall, in Ansehung des konkreten Infektionsgeschehens vor Ort und immer nur für eine begrenzte Zeit.

Die Bundeskanzlerin, das wissen Sie, war da bekanntermaßen anderer Meinung. Aber die Regierungschefs der Länder waren sich über Parteigrenzen hinweg einig: Wir werden diesen Schritt nicht leichtfertig, nicht vorschnell, vor allem aber nicht pauschal und undifferenziert gehen. Denn die Bildungszeit, die man durch Schließungen oder vergleichbare Maßnahmen verliert, die ist eben nicht nachholbar und die lässt sich auch durch staatliche Hilfsprogramme nicht kompensieren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich will das jetzt nicht erneut vertiefen, weil die Bürgerschaft dieses Thema in ihrer letzten Sitzung bereits engagiert beraten hat. Lassen Sie mich aber eins noch einmal betonen: Bei aller Begeisterung für kleine Lerngruppen darf nicht vergessen werden, dass nicht jedes Kind in Bremen ein eigenes Kinderzimmer und Eltern im Homeoffice hat, die in der Lage sind zu helfen. Und wenn drei Kinder mit dem Handy oder dem Tablet am Küchentisch mit wackeliger Internetverbindung sitzen, während die Eltern zur Arbeit gehen – dann hat das mit Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit nicht mehr viel zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Lassen Sie mich noch ein zweites, gerade in den letzten Tagen engagiert diskutiertes Thema ansprechen: die letzten beiden Schultage vor Weihnachten.

Zunächst einmal vorweg: In gut der Hälfte der Bundesländer stellte sich die Frage nach vorgezogene Ferien gar nicht, weil die Schulen dort bereits regulär am 18. Dezember enden. Von sieben Bundesländern, in denen das anders ist, haben sich fünf für vorgezogene Ferien entschieden und zwei dagegen. Ich will damit nur deutlich machen: So besonders ist der angebliche Bremer Sonderweg also gar nicht, zumal wir ja alle auch das gleiche Ziel erreichen wollen.

Hintergrund der Idee war ja, dass sich Schülerinnen und Schüler vor den Weihnachtsfeiertagen in eine Art freiwillige Quarantäne begeben können, um ganz sicher zu gehen, dass sie über die Weihnachtstage nicht die Oma oder den Opa infizieren, wenn die zu Besuch kommen. Das ist ohne Zweifel sinnvoll und das werden wir auch ermöglichen, indem wir die Schulpflicht für die letzten beiden Tage aufheben und damit freistellen, zu Hause zu bleiben. Alle anderen aber können und sollen zur Schule gehen. Nicht nur, weil in diesem Jahr schon genug Unterricht ausgefallen ist, sondern auch, weil viele Eltern ihren Urlaub bereits aufgebraucht haben und ein ernstes Betreuungsproblem bekommen würden, wenn es jetzt noch zwei Tage mehr Ferien geben würde.

Ferien übrigens, das haben wir in den diesjährigen Herbstferien gesehen, haben strukturell keinesfalls eine dämpfende Wirkung auf das Infektionsgeschehen. Denn die meisten Schülerinnen und Schüler haben in den Ferien nicht weniger, sondern mehr und insbesondere nicht wie in der Schule kontrollierte soziale Kontakte. Zum Teil auch notgedrungen, weil die Betreuung in den Ferien und erst Recht in den vorgezogenen Ferien gar nicht anders sichergestellt werden kann. Dann sind Freunde im Einsatz, Verwandte und Bekannte und möglicherweise auch Oma und Opa, sodass der Effekt dann ein ganz anderer ist, als man ihn sich erhofft hat.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie sagen, Sie hätten sich eine klare Entscheidung des Senats gewünscht. Ich kann Ihnen da nur entgegnen: Es gibt eine klare Entscheidung. Wir glauben nicht an den pauschalen Effekt vorgezogener Ferien und haben uns deshalb dagegen entschieden. Wer allerdings zum eigenen Schutz und zum Schutz seiner Familie eine freiwillige Selbstquarantäne wählt, der kann das machen. Der Zentralelternbeirat begrüßt diese Entscheidung übrigens ausdrücklich und ich glaube, wir haben sie gut und richtig im Interesse der Eltern und der Schülerinnen und Schüler getroffen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ein zentrales Thema der letzten Regierungserklärung war der Schutz der sogenannten vulnerablen Gruppen durch Schnelltests und FFP2-Masken.

Ich freue mich persönlich sehr, dass der Bund sich unsere Bremer Aktion zum Vorbild genommen hat

und ab Dezember nunmehr selbst die Risikogruppen mit FFP2-Masken versorgen will. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei den Apothekerinnen und Apothekern bedanken, dass sie sich mit großem Engagement an dieser Aktion beteiligt haben. Wir haben damit gemeinsam einen ganz wichtigen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung geleistet.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich weiß, das muss man ehrlicherweise sagen, es ist nicht alles so gelaufen wie geplant, und ich akzeptiere deshalb auch die Kritik, und dass wir bei der Umsetzung ein paar Punkte bei der B-Note abgezogen bekommen. Aber es ging uns darum, den Menschen schnell und unbürokratisch zu helfen. Vom ersten Ansturm war ich ehrlich gesagt auch ein bisschen überrascht, aber inzwischen haben wir eine Million Masken in Bremen und Bremerhaven ausgegeben.

Und auch, wenn die eine oder andere Maske vielleicht ins niedersächsische Umland entführt wurde, wenn der eine oder andere das Hamstern partout nicht lassen konnte oder sich älter gemacht hat, als er wirklich ist – der absolute Großteil der Masken ist bei genau den richtigen Personen angekommen. Nämlich bei denen, die im Fall einer Coronainfektion mit einem besonders schweren Krankheitsverlauf rechnen müssten. Und das, meine Damen und Herren, sollte es uns wert gewesen sein.

Ich habe jedenfalls bisher kaum jemanden getroffen, der die Aktion im Grunde nicht richtig findet. Dass wir in Bremen damit Pate für ein bundesweites Programm zum Schutz älterer Menschen stehen, darauf dürfen wir, glaube ich, bei aller hanseatischen Zurückhaltung auch ein wenig stolz sein.

Meine Damen und Herren, viele Menschen sehnen sich gerade nach den vergangenen schweren Monaten danach, die Festtage und den Jahreswechsel zusammen mit ihrer Familie zu verbringen. Mit den Kindern, die vor Jahren weggezogen sind, mit den Geschwistern, für die oft nur wenig Zeit ist, und natürlich mit den Großeltern. Ich denke, jeder von uns kann das nachempfinden und jeder von uns kann sich gut vorstellen, dass das so ist.

Natürlich wäre es im Sinne des Infektionsschutzgesetzes konsequenter, wenn wir auf all das verzichten würden. Denn, da sind die Mahnungen der Virologen ja richtig, das Virus feiert kein Weihnachten! Aber, das habe ich auch immer gesagt und davon bin ich mehr denn je überzeugt, alles hängt am

Ende von der Einsicht der Menschen ab. Wir können vieles, aber nicht alles regeln und schon gar nicht können und wollen wir kontrollieren, mit wem die Menschen in ihren eigenen vier Wänden die Feiertage verbringen.

Deshalb brauchen wir lebensnahe Regelungen, die die Menschen mitnehmen und dazu gehört dann eben auch, dass wir private Zusammenkünfte im engsten Familien- und Freundeskreis zu Weihnachten, Silvester und an Neujahr erlauben. Ich weiß, dass diese Entscheidung den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten viel Kritik eingebracht hat. Ich halte sie aber aus den genannten Gründen für richtig.

Zugleich bitte ich allerdings alle Bremerinnen und Bremer und Bremerhavenerinnen und Bremerhavener ganz herzlich: Seien Sie auch an den Festtagen besonders vorsichtig, schützen Sie sich und andere, denken Sie vor allem an Ihre Großeltern und Ihre lebensälteren oder erkrankten Verwandten und Freunde. Nicht alles, was rechtlich erlaubt ist, muss man in der Praxis auch ausschöpfen. Hier greift wieder die persönliche Verantwortung jeder und jedes Einzelnen.

Meine Damen und Herren, und was kommt dann? Was kommt im Januar? Ich weiß, dass viele Menschen sich mit dieser Frage quälen und von der Politik eine Antwort erwarten. Verständlicherweise vor allem die Wirte, die Hoteliers, die Künstlerinnen und Künstler und alle anderen, die seit Wochen und Monaten unter der Pandemie auch wirtschaftlich besonders leiden. Aber letztlich stellen wir uns alle die Frage: Was kommt dann im neuen Jahr?

Wenn uns die Pandemie aber eines gelehrt hat, dann ist es, dass wir den Menschen die gewohnte und zu Recht eingeforderte Verlässlichkeit und Berechenbarkeit nicht bieten können. Die Diskussionen in Politik und Wissenschaft sind, mehr als in vielen anderen Bereichen, geprägt von offenen Fragen und der tastenden Suche nach den richtigen Antworten. Wir haben dabei in den vergangenen Monaten alle zusammen sicherlich den einen oder anderen Fehler gemacht, aber wir haben auch viel gelernt.

Doch obwohl unser Verständnis des Virus schon deutlich besser geworden ist: Wir sind nach wie vor nicht in der Lage, die Entwicklung über mehrere Wochen hinaus verlässlich zu prognostizieren. Ich mag ja das Prognose-Tool der Universität des Saarlandes, das prognostiziert, dass wir Weihnachten

beim Inzidenzwert von 40 liegen werden. Ich würde mir auch erhoffen, dass die Recht haben. Aber wer hier im Raum würde sagen: Darauf setze ich, das wird so kommen. Ich nicht! Ehrlicherweise: Ich weiß nicht, wie die Entwicklung weitergehen wird.

Deshalb kann ich, meine Damen und Herren, was die nächsten Monate betrifft auch nicht von Sicherheiten, sondern nur von Hoffnungen sprechen. Ich habe unter anderem die Hoffnung, dass wir noch in diesem Jahr mit den Impfungen beginnen können, weil der Impfstoff kommt und es uns gelingt, die Ausbreitung des Virus so zu begrenzen, dass sich das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben schrittweise wieder normalisieren kann und wir uns wieder wie gewohnt mit der Familie und den Freunden treffen dürfen, jedenfalls nach und nach. Ich habe die Hoffnung, dass die Restaurants und Kneipen, die Museen, Kinos, Theater und Konzertsäle dann schon bald wieder öffnen können – wenn auch nur schrittweise und unter besonderen Auflagen. Ich habe die Hoffnung, dass die Menschen wieder im Verein, im Schwimmbad und im Fitnessstudio Sport treiben können.

Ich könnte diese Liste der Hoffnungen noch weiter fortführen. Es sind keine Sicherheiten, aber in der jetzigen Situation der zurückgehenden Zahlen, kombiniert mit dem bevorstehenden Einsatz des Impfstoffs, sind es auch nicht einfach nur auf Sand gebaute, sondern durch konkrete Tatsachen gestützte Hoffnungen.

Liebe Bremerinnen und Bremer, liebe Bremerhaverinnen und Bremerhavener, Sie wissen, diese Vorweihnachtszeit wird anders sein, als wir sie kennen. Es bleiben bei allen Hoffnungen auch Sorgen und Ängste und auch die Hoffnung auf eine unbeschwerte Zukunft ist, ich habe es eben ausgeführt, erst ganz zart.

Ich wünsche Ihnen, ich wünsche uns allen, dass wir uns trotz aller Widrigkeiten auf die kommenden Wochen freuen können. Auf ein paar ruhige Tage mit unseren Liebsten, auch wenn die Rahmenbedingungen dafür in diesem Jahr schwieriger und anders sind als gewohnt.

Ich wünsche Ihnen und uns allen zum Jahresende und für das nächste Jahr alles Gute, Hoffnung, Zuversicht und vor allem Gesundheit. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thomas Röwekamp.

Abgeordneter Thomas Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal steckt hinter unserem heutigen Zusammentreffen eine doppelt gute Botschaft: Wir treffen uns heute als Landesparlament, obwohl die neue Rechtslage, nach der wir an Verordnungen des Senats im Zusammenhang mit Corona zu beteiligen sind, noch nicht gilt, sozusagen im vorauseilenden Gehorsam. Deswegen möchte ich mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte, aber auch beim Senat dafür bedanken, dass Sie schon das praktizieren, was wir uns für die Zukunft auch von Verfassungs und Gesetzes wegen vorgenommen haben, nämlich dass die Regierung einen Anspruch darauf hat, zu erfahren, was das Parlament über den Hintergrund und die Fortentwicklung dieser Verordnungen denkt, was es anders haben möchte, was es unterstützt und dass wir darüber eine Debatte führen.

Die zweite gute Botschaft ist, wir tagen in der ÖVB-Arena und nicht mehr in unserer gewohnten Umgebung, weil die bisherige Halle 7 vorbereitet wird für die Impfungen in unserem Bundesland. Das ist ein Sinnbild dafür, dass wir die lange Durststrecke, nunmehr seit acht Monaten, hinter uns haben, in der alle gebannt darauf gewartet haben, dass der Impfstoff endlich verfügbar wird. Das bedeutet, wir werden mit den ersten Impfungen in Deutschland und hoffentlich auch in Bremen und Bremerhaven möglichst noch im Dezember beginnen können, meine Damen und Herren. Und das ist gut so, weil alles, was wir miteinander verabreden, was erforderlich ist, was wir den Menschen zumuten, seine Ursache darin hat, dass wir eine Immunität von Menschen oder einem Großteil der Bevölkerung bis heute nicht herstellen konnten.

Trotzdem müssen wir uns heute treffen, weil die zuletzt von der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten verabredeten und auch in Bremen und Bremerhaven umgesetzten Maßnahmen nicht dazu geführt haben, dass wir ab Dezember 2020 über Lockerungen der bisherigen Regelungen reden können. Die Ursache dafür ist nicht eindeutig festzustellen, aber es gibt eine Bedingung, ohne die diese unveränderte Lage nicht eingetreten wäre: Die Menschen halten sich nicht geschlossen an die verabredeten Regelungen. Weil einige Wenige meinen, dass sie andere mit Verschwörungstheorien verunsichern müssen und in unsäglicher Weise die derzeitige Reaktion

von Regierungen auf das Infektionsgeschehen historisch quer vergleichen oder sogar für politische Propaganda, viel auch für geschäftliche Einzelinteressen ausnutzen, gibt es eine Gruppe von denjenigen, die diese Maßnahmen insgesamt ablehnt. Ich glaube, es ist gut, dass wir als demokratische Parteien geschlossen eine Antwort darauf finden und gemeinsam sagen, dass solche Verschwörungstheorien und solche nicht zu verantwortenden Vergleiche mit der NS-Diktatur oder der Shoah in unserer Gesellschaft nichts zu suchen haben, meine Damen und Herren! Gut, dass wir Demokraten in dieser Frage zusammenstehen.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Diese Menschen sind nicht allein dafür verantwortlich, dass wir die Infektionszahlen in Deutschland und in Bremen und Bremerhaven nicht nachhaltig senken können, sondern es hängt damit zusammen, dass einem Teil unserer Gesellschaft die notwendige Solidarität fehlt. Wenn bei einer Trauerfeier in Bremen-Blumenthal plötzlich 400 Menschen auftauchen, dann ist das nicht nur ein Verstoß gegen das Abstands- und Hygienegebot, das wir miteinander verabredet haben und wird geahndet, sondern es ist auch eine Absage an die Solidarität. Wenn Einzelne immer wieder glauben, sie seien von diesem Infektionsgeschehen nicht betroffen, ist es schwer, der Mehrheit der Menschen weiter zu erklären, warum wir ihnen weiterhin so starke Zumutungen abverlangen müssen. Es ist schwer vermittelbar, der Familie mitteilen zu müssen, dass sie ihre Oma im Pflegeheim nicht besuchen darf, weil es immer noch Menschen gibt, die meinen, sie müssten ihren 18. Geburtstag stark alkoholisiert in irgendwelchen angemieteten Wohnungen feiern. Es ist schwer, Eltern zu vermitteln, dass ihre Kinder wegen vorbeugender Quarantäne nicht zur Schule oder nicht in die Kita gehen dürfen, weil es andere gibt, die sich nicht an Abstands- und Hygieneregeln halten.

Meine Damen und Herren, jeder, der sich nicht an die Regeln hält, verwirklicht nicht nur einen Bußgeldtatbestand, sondern er erteilt unserem solidarischen Miteinander eine Absage. Deswegen und nur deswegen müssen wir immer wieder in die Verlängerung dieser Maßnahmen gehen, meine Damen und Herren. Sie sind keine Erfindungen von Regierung und Senat und politischen Parteien und sie sind auch nicht geeignet für den Wettbewerb, wer die besten inhaltlichen Konzepte hat. Diese Maßnahmen sind unverändert notwendig, um Solidarität in unserer Gesellschaft zu erzeugen,

um die Menschen zusammenzuhalten und davon zu überzeugen, dass man sich an diese Regeln halten muss. Ohne Einhaltung der Regeln, meine Damen und Herren, wird es auch im Dezember nicht funktionieren, dass die Infektionszahlen sinken.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich gebe zu, dass es immer schwieriger zu erklären wird, weil wir, und das ist gut, immer mehr wissen.

Der Bürgermeister hat sehr viel über die Inzidenz gesprochen. Darüber haben wir im Frühjahr auch viel miteinander debattiert. Mittlerweile gibt es aber fast so viele Faktoren, die Einfluss auf die Ausbreitung des Virus haben, wie es Wissenschaftler gibt. Die einen sagen, die Inzidenz ist das Maß aller Dinge. Die anderen sagen, es geht um die Reproduktionszahl. Die dritten sagen, eigentlich zählt die Verdoppelungsrate. Am Ende, glaube ich, sind die Menschen anders als im Frühjahr verwirrt, weil sie im Frühjahr noch ganz klar wussten, da ist etwas, das ist gefährlich und deswegen muss ich meine Lebensumstände einschränken.

Jetzt hat sich eine breite politische und wissenschaftliche Debatte darüber entfaltet, was richtig und was falsch ist und ob man in der Schule dies macht und in der Schule das macht. Am Ende entsteht für denjenigen, der sich an Regeln halten soll, ein sehr diffuses Bild darüber, warum er sich an diese Regeln halten soll und welche im Einzelnen sinnvoll sind. Umso wichtiger ist es aus Sicht der CDU-Fraktion, dass die Regeln, denen wir in unserem Bundesland zur Wirkung verhelfen wollen, klar strukturiert, einfach zu verstehen und am Ende auch wirkungsvoll zu überprüfen sind. Mir nützen die kompliziertesten Regelungen nichts, wenn ich sie nicht überwachen und im Wege von Bußgeldern und Ermahnungsgesprächen einhalten lassen kann. Die Lage ist deswegen etwas unübersichtlich und die Bereitschaft, sich einmal nicht an eine Regel zu halten, nimmt leider in den letzten Wochen und Monaten immer wieder zu.

Ja, ich glaube, die für den November beschlossenen Regelungen haben ihre Wirkung nicht entfaltet. Wir haben sowieso nicht daran geglaubt, dass das meiste Infektionsgeschehen in den Gaststätten stattfindet oder dass das größte Infektionsrisiko von einem Nagelstudio ausgeht. Diese Betriebe, die geschlossen worden sind, sollten ein Symbol dafür sein, dass die Menschen sich nicht nur in der Frequenz solcher Betriebe, sondern auch im zivilen Miteinander an die Regeln halten sollen. Ich

glaube, es ist trotzdem richtig, dass wir die Maßnahmen noch einmal verlängern. Ich sage gleich an dieser Stelle für die CDU-Fraktion, Herr Bürgermeister, weil Sie es angedeutet haben: Eine nochmalige Verlängerung mit so erheblichen Eingriffen in die unternehmerische Freiheit und den Anspruch auf ein Erwerbsleben und eine Berufsausbildung lässt sich nur dann rechtfertigen, wenn der Nachweis geführt wird, dass das Infektionsgeschehen wirklich von der Schließung oder der Öffnung solcher Betriebe abhängt. Bis heute ist dieser Nachweis nicht geführt. Auf Dauer und ewig wird man eine Maßnahme nicht verlängern können, wenn der Nachweis nicht geführt ist, dass sie tatsächlich zur Linderung des Infektionsgeschehens beigetragen haben, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Deswegen ist es richtig, schon jetzt zu sagen, dass es ein einfaches „Weiter so“ im Januar nicht geben kann. Wir können nicht auf Dauer Teile unserer Wirtschaft schließen, weil wir glauben, dass die Menschen die Botschaft mitnehmen, sie müssen sich anders verhalten und die Einnahmeausfälle solcher Betriebe mit monatlich 15 Milliarden Euro deutschlandweit unbegrenzt finanzieren. Meine Damen und Herren, das ist am Ende nicht vertretbar.

Wenn es kein gestiegenes Infektionsgeschehen in diesen Betrieben gibt und wenn keine größeren Gefahren von diesen Betrieben ausgehen, dann halte ich es für nicht länger zu rechtfertigen, solche Betriebe vollständig zu schließen, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang auch etwas zu dem vom Senat verkündeten und in die Verordnung im Entwurf aufgenommenen Verbot von Ausschank von Glühwein, sogenannten Glühweinbuden, sagen. Ich weiß nicht, Herr Bürgermeister, ich habe vorhin mit einem Ohr gehört, Sie waren am Wochenende unterwegs und haben sich das angeschaut. Ich habe mir das auch angesehen und ich muss sagen, sowohl in der Innenstadt, als auch vor dem Theater oder am Ulrichsplatz, haben sich Menschen aufgehalten. Ja, aber sie halten sich, soweit ich das sehen konnte, mit Abstand auf.

(Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD]: Dann haben Sie Ihre Brille vergessen!)

Nein, ich habe meine Brille leider immer auf, Frau Aulepp, sonst könnte ich Sie auch gar nicht sehen.

(Abgeordnete Sascha Aulepp [SPD]: Ich war da!)

Sie waren da – und haben was gemacht?

Ich sage nur, ich habe den Eindruck, dass vielleicht mit einem etwas milderem Mittel, in dem man bei diesen Ständen gezielter darauf hinwirkt, dass die Abstands- und Hygieneregeln tatsächlich eingehalten werden – –. Ich glaube trotzdem, dass der Senat mit dieser Einzelmaßnahme über das Ziel hinausschießt. Sie können sich doch auch eine Bratwurst an der Bratwurstbude kaufen, wie viele Menschen stellen sich dann mit ihrem Partner, ihrer Partnerin, oder ihrem Sohn, ihrer Tochter neben die Bude und essen die Bratwurst. Das ist auch nicht verboten. Es ist auch nicht unzulässig, sich vor die Tür zu stellen und eine Zigarette zu rauchen. Warum ist es dann verboten, bei einem Einkaufsbummel in der Vorweihnachtszeit gemeinsam einen Glühwein zu trinken, wenn man sich an Abstandsregeln hält, meine Damen und Herren. Ich finde, das geht zu weit und deswegen halten wir diese Maßnahme nicht für gerechtfertigt und lehnen sie als CDU-Fraktion ab, Herr Bürgermeister.

(Beifall CDU, FDP)

Wie man generell, wie bei den Masken, die Sie erneut angesprochen haben, sagen kann, es geht einiges besser in der Umsetzung – –. Dass wir in Bremen beispielsweise keine Möglichkeit haben, in der Vorweihnachtszeit auch nur einzelne Schau-stellerbuden in die Innenstadt zu stellen, finde ich auch schwierig zu vermitteln. Wenn die Wirtschaftssenatorin immer wieder behauptet, sie würde ganz viel von der Branche verstehen, weil sie selbst einmal eine Kneipe betrieben hätte, meine Damen und Herren – –. Wenn sie wirklich so viel davon versteht, dann wüsste sie, dass solche kleinen betrieblichen Einrichtungen in der Innenstadt, in der Vorweihnachtszeit einmal ein Schmalzkuchenstand oder einmal eine Glühweinbude, nicht dazu beitragen werden, dass das Infektionsgeschehen dramatisch steigt. Nein, so etwas gehört zu unserem Leben dazu. Es ist natürlich ein Stück Geselligkeit, aber Geselligkeit mit Abstand und Hygiene.

Ich hätte mir gewünscht, dass der Senat wie andere Städte, wie beispielsweise auch Bremerhaven, eine Möglichkeit findet, die sich an das anlehnt, was wir in diesen Tagen erleben und den Menschen, die auf Vieles verzichten und sich an viele Regeln halten, ein kleines bisschen die Möglichkeit gibt, die vorweihnachtliche Zeit gemeinsam zu genießen.

Ich hätte das gut gefunden und habe in der Begründung Ihrer Verordnung nur einen Satz gefunden, warum ausgerechnet Glühweinbuden in Zukunft in Bremen nicht mehr erlaubt sein sollen: Weil Sie schreiben „Das Gleiche gilt für Glühweinbuden“. Meine Damen und Herren, wenn Sie das wollen, dann müssen sie das klar begründen. Bis heute haben Sie keine nachvollziehbare Begründung dafür gegeben und Akzeptanz hängt auch damit zusammen, dass man es vernünftig erklärt, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Diese Regelung, finde ich, sollten Sie vor Erlass der Verordnung noch einmal sehr gründlich überdenken.

(Beifall CDU)

Sie haben, Herr Bürgermeister, sehr wortreich dargestellt, warum es so sinnvoll ist, keine zwei zusätzlichen Ferientage zu organisieren, sondern nur von der Schulpflicht zu befreien. Ich finde es ein bisschen leichtfertig, will ich einmal sagen, das mit verlorener Unterrichtszeit zu vergleichen. Ich weiß nicht, wie lange Ihre Erinnerungen an die Schulzeit noch anhält, aus meiner Erinnerung heraus würde ich sagen, dass an den letzten zwei Tagen vor den Ferien nicht mehr so viel Unterricht erteilt worden ist. Wenn sich das alles geändert haben sollte, mag das so sein. Wenn Sie von der Schulpflicht freistellen und in der Zukunft nicht Sie als Senat, sondern jedes einzelne Elternteil darüber entscheidet, ob sein Kind zur Schule geht oder nicht, wenn Lehrerinnen und Lehrer nicht wissen, wer am nächsten Tag zum Unterricht kommt und wer nicht, wenn wir nicht wissen, in welchen Kohorten an diesen Tagen Unterricht stattfinden kann oder nicht – –.

Ich bin mir sicher, an diesen beiden Tagen, über die wir reden, findet sowieso kein Unterricht statt und deswegen ist es einfach oberflächlich, darüber hinwegzugehen und zu sagen, wir konnten keine Ferientage genehmigen, weil dann Unterrichtszeit verlorengegangen wäre. Meine Damen und Herren, an diesen Tagen findet definitiv sowieso kein Unterricht statt und dann wäre es auch nur konsequent gewesen zu sagen, wir schicken die Kinder in die Ferien. Eine Notbetreuung wäre natürlich für die Fälle, die Sie beschreiben, trotzdem möglich gewesen. Die Entscheidung auf die Eltern zu delegieren und zu sagen, ihr müsst selbst entscheidet, ob ihr eure Kinder in die Schule schicken wollt, ist gleichbedeutend damit, dass ich sage, ich als Staat halte mich da bedeckt, wenn du dein Kind zur Schule schickst und es sich ansteckt, ist es deine Schuld, wenn es das nicht tut, ist es das nicht.

Diese Entscheidungen in der Bildungspolitik eignen sich gerade nicht dafür, sie kleinräumig und kleinteilig zu treffen, wir brauchen auch hier eine klare Linie des Senats. Was ist erlaubt, was ist nicht erlaubt, wann findet Unterricht statt, wann findet er nicht statt, wie findet der Unterricht statt. Ich finde, Eltern haben einen Anspruch darauf, das zu erfahren und Kinder haben einen Anspruch darauf, verlässlich am Unterricht teilnehmen zu können. Ihre Regelung ermöglicht das nicht, sehr geehrter Herr Bürgermeister.

(Beifall CDU)

Ich bleibe dabei, weil Sie immer wieder so tun, als ob gar kein Unterricht ausfallen würde. Das betrifft nicht nur diese beiden Tage. Jedes Infektionsgeschehen in jeder Schule sorgt dafür, dass Unterricht für Kinder ausfällt, die nicht an dem Virus erkrankt sind. Es wiegt unter dem Gesichtspunkt der Bildungsgerechtigkeit noch schwerer, wenn die Frage, ob ich am Unterricht teilnehmen kann oder nicht, nicht von meinem eigenen Verhalten abhängt, sondern von dem zufälligen Umstand, ob in meiner Klasse jemand mit Infektionserscheinungen gewesen ist oder nicht, das ist doch nicht gerecht.

Gerecht wäre es, dafür zu sorgen, dass ich möglichst wenig Infektionsgeschehen an den Schulen habe, dafür zu sorgen, dass ich möglichst wenige Kinder in Quarantäne schicken muss. Deswegen bleibe ich dabei: Wenn ich nur die Hälfte der Kinder in den Klassen und Fachräumen habe, reduziert sich dadurch das Infektionsrisiko. Damit ermäßigt sich Unterrichtsausfall, damit verringert sich Quarantäne und damit habe ich sichergestellt, dass beim Bildungserfolg in unseren Schulen Gerechtigkeit möglich wird, nicht durch diese einzelnen schulspezifischen Regelungen und durch eine Delegation der Verantwortung auf die Eltern. So funktioniert ein klarer Weg in der Bildungspolitik in Coronazeiten gerade nicht, sehr geehrter Herr Bürgermeister.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen den Menschen sagen, wie es ab Januar 2021 weitergeht. Wir können nicht von Monat zu Monat über die Frage des Infektionsgeschehens reden. Wir müssen ihnen eine Perspektive geben. Auch für die Betriebe, die jetzt von den weitreichenden Maßnahmen betroffen sind, auch für die Krankenhäuser, auch für die Pflegeheime muss es eine Perspektive geben. Mein Standpunkt lautet klar: Wenn die Maßnahmen, auf die wir uns verständigt

haben, auf Dauer keine Wirkung zeigen, gibt es keine Rechtfertigung, sie fortzusetzen.

Wir müssen weiterhin energisch darauf achten, dass die einzigen Maßnahmen die helfen, nämlich die Kontaktbeschränkungen und das Abstands- und Hygienegebot tatsächlich eingehalten werden und müssen durch das Gesundheitsamt endlich gewährleisten, dass die lückenlose Nachverfolgung erfolgen kann. Nur wenn wir diese Kernaufgaben wahrnehmen, wird es uns gelingen, die Menschen für die Fortsetzung von einschränkenden Maßnahmen zu gewinnen. Wenn sie das Gefühl haben, dass alle gemeinsam einen Weg aus der Bedrohung dieses Virus finden, sind sie eher bereit mitzugehen, als wenn wir die Entscheidungen immer auf kleinere Einheiten vertagen und immer unübersichtlicher und vielfältiger machen.

Wir als CDU-Fraktion unterstützen die Verlängerung der Maßnahmen bis zum 20. Dezember 2020, auch wenn wir einiges an den Ausführungsbestimmungen Ihrer Verordnung anders gemacht hätten und verbinden damit die Hoffnung und den Wunsch, dass wir mit der nächsten Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz zu einer Perspektive kommen, die den Menschen über den Januar hinaus Verlässlichkeit und Sicherheit bietet. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mustafa Güngör.

Abgeordneter Mustafa Güngör (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor ungefähr einem Monat hat sich Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte gemeinsam mit den anderen Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und der Bundeskanzlerin auf einschneidende Maßnahmen zur Eindämmung des Pandemiegeschehens geeinigt. Heute, vier Wochen später, zeigt sich, dass all diese Bemühungen nicht ausgereicht haben.

In dem RKI-Bericht von gestern wird bestätigt, dass in Deutschland in der Bevölkerung weiterhin eine hohe Anzahl an Übertragungen zu beobachten ist. Trotz aller Beschränkungen liegt der Sieben-Tage-Inzidenzwert in Bremen aktuell bei 123, in Bremerhaven bei 67,9. Diese Werte sind besser als die der letzten Woche, in der die CDU-Fraktion in der Aktuellen Stunde versucht hatte, das Ganze zu einem Bundesländerranking zu machen. Wenn es danach gehen würde: Wir waren einmal auf Platz zwei,

dann waren wir zum Zeitpunkt der Aktuellen Stunde auf Platz fünf oder sechs und gestern und heute wären wir auf Platz zehn. Eine sachliche Debatte ist, glaube ich, der sinnvollere Weg, meine Damen und Herren, es bleibt dabei, es sind nur Momentaufnahmen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Daher ist das aus Sicht der SPD-Bürgerschaftsfraktion auch keine ausreichend gute Nachricht und noch nicht die Entwicklung, die wir uns erhofft haben. Die Zahl der täglichen Neuinfektionen ist deutlich zu hoch, aber das zeigt vielleicht eine richtige Richtung der Maßnahmen auf, denn die Ansteckungswege sind nach wie vor diffus und nicht immer nachvollziehbar. Wir werden versuchen, diese Pandemie mit dem ab Morgen gültigen verschärfteren Fahrplan weiter in den Griff zu bekommen. Virologen sprechen davon, Herr Bürgermeister hat es ausgeführt, dass der Impfstoff die bisherigen Erwartungen übertrifft. Das macht Hoffnung. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion begrüßt ausdrücklich, dass die Ende Oktober beschlossenen Maßnahmen nun zunächst bis zum 20. Dezember, vermutlich aber noch darüber hinaus verlängert und an einigen Stellen weitergehende Regelungen getroffen werden.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, die getroffenen Beschlüsse sind richtig. Sie gehen einerseits verantwortungsvoll mit der Gesundheit der Bevölkerung um, andererseits sind die Einschränkungen für die Bevölkerung in einem vertretbaren Rahmen. Wir schaffen damit einen angemessenen Ausgleich zwischen der Freiheit jeder und jedes Einzelnen und dem Schutz der Gesundheit. Das viel beschworene Durchbrechen der Welle ist uns in Bremen, aber auch deutschlandweit nicht ganz gelungen und die Verlängerung der Maßnahmen ist genau deshalb dringend geboten. Man kann deutlich sagen, die Pandemie ist bisher in Deutschland noch glimpflich verlaufen und wir wollen, dass das weiterhin so bleibt. Die Gesundheit der Menschen geht vor.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Eine wichtige Botschaft für viele Menschen war in der vergangenen Woche, Familien können mit bis zu zehn Personen gemeinsam die Festtage verbringen. Im zurückliegenden Jahr haben wir alle auf soziale Kontakte verzichten müssen. Hochzeiten,

den Geburtstag der Kinder, den Besuch der Großeltern, Spieleabend unter Freunden, all das vermissen wir schmerzlich, aber es ist genauso erfreulich, dass wir das Jahr im engsten Familien- und Freundeskreis ausklingen lassen können. Wir verbinden damit die Bitte, auch beim Weihnachtsfest Verzicht zu üben und die Kontakte weiterhin zu reduzieren, denn Corona macht keine Weihnachtsferien.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns vergegenwärtigen, was wir erwarten, was die wichtigsten Regelungen und Veränderungen sind, dann muss man drei Maßnahmen besonders erwähnen:

Erstens, dass als Faustregel gilt: Maximal fünf Personen aus zwei Haushalten, Kinder bis 14 Jahre werden nicht mitgezählt. Mein eindringlicher Appell an alle, auch an die Zuhörerinnen und Zuhörer: Wägen Sie ab, ob Ihre Verabredungen wirklich notwendig sind oder ob es einfach nur nett wäre. Verzichten Sie, wo immer möglich auf jeden vermeidbaren Kontakt!

Zweitens, die Mund-Nase-Bedeckung ist im Kampf gegen das Virus eines unserer wichtigsten Instrumente im geschlossenen Raum, in öffentlichen Räumen sowie an der Arbeitsstätte, deshalb sollte sie immer getragen werden.

Drittens, ich finde, eine der einfachsten Regeln: Abstand halten. Eineinhalb Meter Abstand schützt uns und vor allen Dingen unsere Mitmenschen. Diese Regelung müssen wir immer wieder überall in Erinnerung rufen, es kommt auf uns alle an. Das ist zwingend erforderlich.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir haben in der vorletzten Woche im Parlament über den richtigen Weg für die Schulen im Land Bremen gestritten. Es freut mich, dass unsere Senatorin Dr. Claudia Bogedan durch den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz in ihrer frühzeitigen Entscheidung bestätigt wurde, eine Maskenpflicht ab der Jahrgangsstufe sieben eingeführt hat oder einführen wird und sich gegen eine Maskenpflicht für alle Jahrgangsstufen außerhalb der Grundschule ausgesprochen hat. Ich glaube, dass die schulscharfen Entscheidungen, und man darf immer wieder in Erinnerung rufen, dass wir in Bremen ungefähr 160, 170 Schulen verwalten und nicht wie in Bayern über 3 000 bis 4 000 Schulen, dass man die Verhältnisse vor Ort in den Blick nimmt, immer noch der richtige Weg ist. Eine teilweise Schließung bedeu-

tet weniger Lernen und damit auch verlorene Bildungszeit. Gerade diejenigen Schülerinnen und Schüler, das haben wir mehrfach ausgeführt, die im häuslichen Umfeld keine guten Lernbedingungen haben, bleiben beim Fernunterricht zurück. Den Inzidenzwert für die gesamte Stadt als Anhaltspunkt zu nehmen ist daher begrenzt sinnvoll.

(Beifall SPD)

Es kann zum Beispiel sein, dass das Infektionsgeschehen vermehrt in bestimmten Betrieben oder Institutionen auftritt, die mit keiner Schule Berührungspunkte haben. Deshalb ist die pauschale Forderung nach Halbgruppen eine sehr wenig abgewogene Antwort auf ein sehr differenziertes Pandemiegeschehen an unserer Schulen. Es bedarf schulscharfe Entscheidungen, die die Verhältnisse vor Ort in den Blick nehmen. Darin sind sich alle 16 Bildungsministerinnen und -minister, Senatorinnen und Senatoren einig.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, sobald 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler von den Quarantänemaßnahmen betroffen sind oder Lehrkräfte in einem Ausmaß, dass die ordnungsgemäße Beschulung nicht gewährleistet ist, haben wir den Übergang in den Hybrid- und Distanzunterricht im Wechselmodell ermöglicht. Dass Eltern freiwillig entscheiden können, ob die Weihnachtsferien ihrer Kinder vorgezogen werden, finde ich zudem ein sehr lebensnahes Vorgehen, das der Berufstätigkeit und Belastung vieler Eltern in diesen Tagen und gerade kurz vor Weihnachten gerecht wird. Im Übrigen, eine nur angebotene Notbetreuung würde die vorhandenen Kohorten weiter durcheinandermischen und das wäre auch nicht der richtige Weg, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Mir fällt der Übergang von Schule zu Glühwein etwas schwer, das merke ich gerade, aber auch das muss angesprochen werden. An den Glühweinbuden, unter anderem in Findorff und an der Schlachte soll der Außerhausverkauf von alkoholischen Getränken ab morgen verboten werden. Es gibt einen sachlichen Grund: Es hilft nicht, wenn der Außerhausverkauf sich dazu entwickelt, dass das gekaufte Getränk wenige Meter weiter unter der Nichteinhaltung der Abstände getrunken wird. Wie so häufig stehen wir Individuen uns durch die Nichteinhaltung so einfacher Regeln selbst im Weg. Zum Vergleich mit der Bratwurst: Mir fehlt

die Idee, welche enthemmende Wirkung ein Bratwurstverzehr im Verhältnis zu einem Glühwein oder alkoholischem Getränk haben soll, Herr Röwekamp.

Es hilft nichts, erstens unpassende Vergleiche aufzuführen und zweitens hilft es auch nicht, wenn sich der Verkauf zu einer faktischen Außengastronomie entwickelt. Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben sich daher dazu entschieden, auch hier den Außerhausverkauf zu regeln. Ich gehe davon aus, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der geschlossene Verkauf für zu Hause möglich bleibt. Auch die Regelungen, die jetzt zusätzlich für den Einzelhandel getroffen werden, besonders auch für die Einkaufszentren, bei denen ich es besonders sinnvoll finde, dass die Gesamtfläche zugrunde gelegt wird, sind richtig und nötig, denn die Bilder, die wir vom Black Friday gesehen haben waren keine guten, das hätte vermieden werden müssen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Die gute Nachricht ist, dass die außerordentlichen Wirtschaftshilfen über den November hinaus verlängert werden. Ein Finanzpaket von rund 17 Milliarden Euro ist im Gespräch, um Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen, die weiterhin schließen müssen im Dezember finanziell zu unterstützen.

Nun haben Sie gesagt, Herr Kollege Röwekamp, dass das mit ihrer Fraktion in den nächsten Wochen nicht so einfach zu machen ist. Sie sagen, es kann kein einfaches „Weiter so“ geben, es müsse der Nachweis geführt werden, dass das die Treiber des Infektionsgeschehens sind, ansonsten müsse man sich auf etwas anderes verständigen. Ich will in Erinnerung rufen, dass wir diese Maßnahmen treffen, um soweit es geht die Kontakte in der Bevölkerung zu reduzieren, Punkt eins. Das zweite ist, wir als SPD-Bürgerschaftsfraktion haben weiterhin ein hohes Interesse daran, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und dass die Bundesländer einheitlich vorgehen. Wenn es dazu kommen sollte, dass es zu Lockerungen kommt, sind wir gern mit dabei. Ich glaube, zur Transparenz und vor allen Dingen zur Akzeptanz in der Bevölkerung gehört es dazu, dass die Regelungen in allen 16 Bundesländern einheitlich sind.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Im Übrigen, die Dezemberhilfen, die angekündigt sind, sind notwendig und sichern nicht nur die

Existenz der vielen Unternehmen, sondern erhöhen die gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen. Die Überbrückungshilfen helfen gezielt denjenigen, die zwar nicht von einer Schließung, aber von Einschränkungen ihres Geschäftsbereiches betroffen sind. Besonders wichtig ist uns, dass auch die Schaustellerinnen und Schausteller in die Unterstützungsprogramme einbezogen werden und ihre Betroffenheit berücksichtigt wird, denn diese Branche konnte in diesem Jahr fast gar keine Umsätze generieren. Sicherlich wäre es hilfreich, wenn bundesweit auch die Gastronomen noch mehr Planungssicherheit hätten.

Meine Damen und Herren, Planungssicherheit auf der einen Seite, auf der anderen Seite ein funktionierender Staat. Das verlässliche Funktionieren der Institutionen in dieser Zeit ist unerlässlich und deshalb möchte ich noch einmal einen anderen Aspekt ansprechen: Der Terroranschlag in Wien hat uns alle bis ins Mark erschüttert, und, wie aus den Medien bekannt, Verbindungen der Extremisten nach Bremen offenbart. Damit diese Krise nicht von den falschen Kräften ausgenutzt wird, plädiere ich sehr dafür, dass auch bei Organen, wie dem Landesamt für Verfassungsschutz, Coronaschnelltests eingeführt werden. Dieses Amt muss handlungsfähig bleiben, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Kontrolle der Maßnahmen hat auch für uns eine zentrale Bedeutung. Wir haben die Maskenpflicht in der Öffentlichkeit erweitert, die Ordnungskräfte der Polizei und des Ordnungsamtes sind täglich im Einsatz, um Verstöße zu ahnden. Dass es in der letzten Woche in Vegesack zu einer Trauerfeier mit rund 400 Trauergästen kam, das darf nicht sein, meine Damen und Herren. Allerdings, ich will das nicht rechtfertigen, das Abschiednehmen von einem Menschen ist eine schwierige Zeit. Daher bin ich sehr froh, dass die Polizei schnell vor Ort war und die Trauergäste sehr einsichtig waren. Mein Dank geht an die Einsatzkräfte, die aus meiner Sicht sehr pietätvoll auf die Gäste eingewirkt haben.

(Beifall SPD)

Eine Trauerfeier, Abschied zu nehmen, ist, glaube ich, gerade in dieser Pandemie einer der schwierigsten Lebensmomente. Ich selbst war auf zwei Coronabeerdigungen, die im Freien unter Einhaltung der Abstände, mit Masken und begrenzter Teilnehmerzahl stattgefunden haben. Das funktioniert und diese Ereignisse sind, wie gesagt, das

finde ich auch, die schwierigsten und emotionalsten Momente und besonders schwer in der Pandemie. Deshalb habe ich auch dafür etwas Verständnis und bin sehr froh, dass wir diese Teilnehmerzahl bis einhundert haben.

Unverständnis habe ich genau an der anderen Stelle, für diese ganzen Querdenker-Demonstrationen, wie vorgestern in Frankfurt, wo etliche eng nah beieinander ohne Maske für ihre vermeintlichen Freiheitsrechte demonstrieren und das Leben der Menschen aufs Spiel setzen. Dafür habe ich kein Verständnis, meine Damen und Herren!

Ich habe es an verschiedenen Stellen bereits gesagt, ich betone es noch einmal: Ich habe volles Verständnis für die Sorgen und Ängste, die mit dieser Pandemie verbunden sind. Ich habe aber kein Verständnis für die Pandemieleugner, die missachten, dass jeden Tag in Deutschland bis zu 400 Menschen sterben. Ich finde es beschämend, dass die Querdenker sich als Retter der Freiheit stilisieren, während Menschen auf Intensivstationen um ihr Überleben kämpfen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich am Ende noch sagen, ich bin trotzdem zuversichtlich, weil unser Senat uns bisher gut durch die Krise geführt hat und eine überwiegende Mehrheit der Bremerinnen und Bremer sich an die Regeln hält, nicht alle, aber eine überwiegende Mehrheit. Solidarität ist der einzige Weg aus der Krise. Nur gemeinsam können wir diese Pandemie bewältigen und dafür brauchen wir alle noch ein wenig Durchhaltevermögen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Björn Fecker.

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen tragen die hier in Bremen und bundesweit vereinbarten Maßnahmen mit, und zwar nicht aus Koalitionsrason, sondern weil wir davon überzeugt sind. Wir sind überzeugt davon, dass eine klare Reduzierung der Kontakte notwendig ist, wir sind überzeugt davon, dass die Pandemie nur gemeinsam als Gesellschaft bekämpft werden kann, und wir sind überzeugt davon, dass unser Hauptaugenmerk all jenen gelten muss, die besonderer Rücksichtnahme bedürfen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Dabei spüren wir allerorten auch die Ungeduld, wann es wieder losgeht, die Zahlen sinken nicht schnell genug. Uns selbst hier im politischen Betrieb geht es doch auch ähnlich, so angenehm Videokonferenzen auch sind, wir alle leben vom persönlichen Gespräch, von der direkten Auseinandersetzung und dem Dialog. Vielleicht darf ich aber einmal alle an unsere gemeinsame Zielsetzung im April erinnern: Flatten the curve! Sie erinnern sich und genau darum ging es auch dieses Mal im ersten Schritt. Als erster Schritt musste das exponentielle Wachstum gestoppt werden. Das ist gemeinsam gelungen, und zwar dieses Mal ohne Schulen und Kitas zu schließen und ohne das Land fast in den kompletten Lockdown zu schicken.

(Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Ganz so falsch können die ergriffenen Maßnahmen dann doch nicht sein. Es ging immer um die Reduzierung der Kontakte, nicht ausschließlich in den jeweiligen Wirtschaftsbetrieben, es ging auch darum, in den Räumen insgesamt, auch auf der Straße, auch draußen, dort die Kontakte auf den Wegen entsprechend zu reduzieren. Auch das ist gelungen, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Diese Welle hat aber bereits viele Menschen das Leben gekostet, so viele Tote im November wie in keinem anderen Monat. Unsere Gedanken sind daher auch bei all den Familien, deren erster Advent und deren Weihnachtsfeiertage unter diesem besonderen Schicksalsschlag stehen. Dass es nicht noch mehr Familien werden, dafür haben wir als Gesellschaft und als Politik eine besondere Verpflichtung und Verantwortung. Zu dieser Verpflichtung gehört es auch, um den besten Weg zu streiten, aber verlieren wir dabei nie das Ziel, nämlich den Schutz der Bevölkerung, aus den Augen!

Mit den anstehenden neuen Kontaktbeschränkungen wird der Senat diese nun noch einmal verschärfen. Diese Maßnahme ist notwendig, denn das private Umfeld gehört zu den Treibern der Infektionen. So manche Meldung über Partys und Trauerfeiern der vergangenen Tage, wie gerade schon häufig angesprochen, lässt einen nur noch fassungslos werden. Hier braucht es konsequente Verfolgung und Ahndung der jeweiligen Verstöße, denn wir alle tragen Verantwortung, alle von uns!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Für Weihnachten wird es eine Lockerung der Kontaktbeschränkungen geben, mit zehn Personen wird das Familienfest bei vielen immer noch kleiner ausfallen als in normalen Zeiten. Auch wenn die Zahlen noch nicht tief genug sind, halten wir die Entscheidung für richtig. Sie erfordert aber von allen noch einmal mehr Disziplin, gerade auch vor den Feiertagen, um all jene zu schützen, die besonders anfällig sind. Es wird ein anderes Weihnachtsfest und da das Virus keine Weihnachtspause machen wird, darf auch die eigene Verantwortung über die Feiertage nicht pausieren.

Unzufrieden sind wir mit der Lösung für die Silvestertage. Über die Gleichbehandlung von Weihnachten und Silvester in Bezug auf Kontaktbeschränkungen kann man vortrefflich streiten. Unverständlich bleibt aber in erster Linie der Kurs beim Feuerwerk. Meine Damen und Herren, wir hätten uns ein konsequentes Verbot der Böllerei an diesem Tag gewünscht!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Nun sind wir sowieso keine Freunde der Knallerei, aber in Zeiten, in denen der Staat jedes Bett in den Krankenhäusern im Blick hat, in denen das Personal in den Krankenhäusern stark belastet ist und jede Menschenansammlung ein Risiko darstellt, in der der Senat Volksfeste, Weihnachtsmärkte und einfache Glühweinstände konsequent untersagt, soll weiter munter geknallt werden und wir belassen es bei einem erhobenen Zeigefinger. Aus unserer Sicht ist das eine unnötige Belastung des Gesundheitssystems.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Die Länder haben hier keine grundsätzliche Handlungsmöglichkeit, deswegen auch kein Vorwurf an Bürgermeister Dr. Bovenschulte, und wenn ich den einen oder anderen Vorentwurf für die Ministerpräsidentenkonferenz gesehen habe, dann war auch von der Seite der SPD-Länder dies ein Vorschlag. Jetzt muss es darum gehen, mit dem Zustand zu arbeiten. Es muss jetzt große Böllerverbotzonen in Bremen geben und die Polizei muss die Möglichkeit erhalten, das Böllern an den anderen Stellen der Stadt zu untersagen, wenn es zu Menschenansammlungen kommt.

Meine Damen und Herren, ein öffentlicher Aufreger ist der Umgang des Senats mit einem möglicherweise früheren Ferienbeginn. Natürlich kann

man darüber trefflich streiten, aber war nicht unser gemeinsamer Ansatz, Kitas und Schulen längst möglich offen zu lassen? War nicht eine der Analysen, dass geschlossene Schulen zulasten der Kinder und Jugendlichen gehen und betroffene Eltern vor große Herausforderungen stellen? Natürlich hat der Senat eine Entscheidung getroffen: Die Schulen bleiben offen und wer zur Sicherheit in vorsorgliche Quarantäne gehen möchte, um Weihnachten beispielsweise mit den Großeltern zu feiern, der darf die Kinder von der Schule abmelden. Der Zentralelternbeirat nennt es einen, Zitat, „sinnvollen und gangbaren Kompromiss“, Zitat Ende. Dem widersprechen wir nicht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Neben den aktuellen Regelungen müssen wir aber auch den Blick auf die Zukunft werfen. Gleich mehrere Impfstoffe sind zur Freigabe angemeldet worden, es wirkt ein bisschen wie der Silberstreif am Horizont, aber bis dahin ist es auch noch ein weiter Weg. Die Frage, wer geimpft wird, darf unser Land nicht spalten, das muss transparent und für alle nachvollziehbar sein. Auch für die konkreten Herausforderungen vor Ort braucht es gute Antworten. Wir wollen nicht wirklich Senioren oder andere Mobilitätseingeschränkte mit Bussen und Bahnen quer durch die Stadt fahren lassen, da wird es sicherlich cleverere Lösungen mit Taxigutschein oder dezentralen Impfungen geben können.

Gleichzeitig gibt es noch keine Entwarnung. Selbst wenn der Impfstoff zugelassen wird, brauchen wir einen langen Atem. Das heißt, weiter konsequente Nachverfolgung aller Kontakte und konsequente Ahndung von Verstößen gegen die Regularien. Wir haben noch zu viele ungeklärte Infektionsketten und deswegen muss auch weiterhin darauf eine hohe Priorität liegen. Deswegen möchte ich auch einen Satz zur App sagen, vielleicht auch zwei:

Ich glaube, dass man da die eine oder andere Verbesserung hinbekommen kann, ohne gleich zur Verpflichtung zu greifen. Die Möglichkeit der freiwilligen Kontakttagebücher soll ja nun angegangen werden, aber auch bei der Erkennung von Infektionsclustern kann man das Vorgehen zum bisherigen Status noch einmal verbessern. Abschließend gab es auch Bestrebungen, spezielle elektronische Armbänder mit den Eigenschaften der App zu entwickeln, für alle diejenigen, deren Handy gar nicht in der Lage ist, mit dieser App zu arbeiten. Sie sehen, meine Damen und Herren, bei dieser Debatte bin ich sehr dafür, mehr am Konkreten und weniger am Abstrakten zu diskutieren.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu den Wirtschaftshilfen sagen. Der Bund und natürlich auch Bremen sind gefordert, die Auszahlung nun rasch sicherzustellen. Die Fehler der Vergangenheit sollten sich nicht wiederholen und hoffentlich sind jetzt auch endlich alle Förderlücken geschlossen, ansonsten muss es auch da schnelle Korrekturen geben. Ich habe mit Interesse verfolgt, dass Bundestagsabgeordnete der Auffassung sind, die Länder sollten sich stärker an den wirtschaftlichen Hilfen beteiligen. Die Rückzahlung der Summen aus dem Bremen-Fonds wird unsere Haushalte über Jahre hinweg belasten und Spielräume gerade in der Zukunft einengen. Der Bund ist da wesentlich besser aufgestellt. Wir brauchen da jetzt auch weiterhin die Solidarität mit den Ländern und Kommunen und kein Verschieben der Probleme auf unsere engen Haushalte, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe in meiner letzten Rede die Versammlungsfreiheit verteidigt. Nun haben die sogenannten Querdenker ganz Deutschland und Europa, wie ich gelesen habe, zu einer Demonstration am kommenden Samstag in Bremen aufgerufen. Das hast du jetzt davon, habe ich mir gedacht.

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Dieser Tag soll laut Demonstrationaufruf Bremen wieder in Freiheit bringen, also quasi die Freie Hansestadt Bremen befreien. Wieder wird ein Weltbild propagiert, das an Begriffe wie Diktatur oder Unfreiheit anschließt, aber das Gegenteil ist der Fall. Das Gegenteil findet gerade hier heute in dieser schmucklosen Halle statt. Die gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter kommen zusammen, um über die Einschränkungen zu diskutieren, um die politischen Unterschiede auch noch einmal deutlich zu machen, um zu sagen, wer für welche Maßnahmen steht. Wir können sie sogar im Notfall gesetzlich verhindern. Überall, hier und insgesamt, darf jeder Mensch seine Meinung frei äußern, selbst wenn sie der größte Blödsinn ist. Aber Blödsinn darf man widersprechen, das ist unser aller gemeinsame Freiheit und ich kann nur dazu motivieren, dies an jeder Stelle auch zu tun, auch in der Zukunft, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich sage das gern noch einmal: Wer unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit meint, er oder sie müsse Lügen oder Verschwörungstheorien ver-

breiten, der muss wissen, dass dieser Staat da genau hinschauen wird. Wir brauchen – daran will ich gern noch einmal erinnern – ein bundesweites La-gebild zu den sogenannten Querdenkern und deren Vernetzung in die rechtsextreme Szene. Wir müssen die von ihnen begangenen Straftaten als das einstufen, was sie sind, nämlich als politische Kriminalität. – Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Nelson Janßen das Wort.

Abgeordneter Nelson Janßen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Zuhörer*innen! Wir sprechen heute in der Sondersitzung der Bremischen Bürgerschaft über die Regierungserklärung des Senats anlässlich der aktuellen Coronalage und über die damit verbundenen Veränderungen in der Rechtsverordnung. Eingangs möchte ich noch einmal ganz kurz auf die Zahlen eingehen, sie sind auch bereits genannt worden. Am 7. November erreichte die Stadt Bremen mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von über 250 Neuinfektionen den bisherigen Höchststand. Deutschlandweit lag sie an diesem Tag bei 133. Gestern lag Bremen bei 123, während der deutschlandweite Wert bei 136 lag.

Wir haben uns als Bundesland von der traurigen Spitzenposition Anfang November nun wieder in das untere Mittelfeld bewegt. Wir haben nur noch ein Drittel weniger aktive Infektionen als vor vier Wochen. Es wäre dennoch deutlich zu früh, eine Entwarnung zu geben, aber der Trend zeigt in die richtige Richtung, und wir können vorsichtig annehmen, dass die beschlossenen Maßnahmen einen Effekt erzielt haben.

Gleichzeitig merken wir aber auch, dass es ein Spannungsverhältnis zu den sich verbessernden Zahlen und der Debatte gibt, wie sie geführt wird. Mehr als ein halbes Jahr nach Beginn der Coronapandemie bemerken wir, dass in der politischen Diskussion die Zuspitzungen zunehmen. Wir merken in den Zuschriften von Gastronomen, Solo-Selbstständigen und Kulturschaffenden, dass sie um ihre Existenz bangen. Wir merken bei Pflegepersonal, medizinischem Personal und Lehrkräften, dass sie Sorge um ihre Gesundheit haben. Wir merken in den Stadtteilen, dass es für Kinder und Jugendliche schwer zu kompensieren ist, wenn Sportplätze und Jugendeinrichtungen geschlossen

haben. Wir merken, dass es auch in unserem persönlichen Umfeld häufig zugespitzte Diskussionen gibt, wenn Kontaktverzicht und Kontaktwunsch, Gesundheitsschutz und eingeübte Praxis auch zu Weihnachten in einen Konflikt treten.

Während die Zahlen also auf eine Entspannung der Lage hinweisen, merken wir, dass die gesellschaftliche Diskussion durchaus rauer wird. Beim letzten Mal, Ende Oktober, haben wir hier die sogenannten Novemberregelungen diskutiert und immer gesagt, dass es notwendig ist, den Anstieg der Neuinfektionen zu brechen. „Wellenbrecher“ war damals das Stichwort, harte Maßnahmen für eine begrenzte Zeit, so der Stand der Diskussion.

Heute ist diese zeitliche Begrenzung vollständig in den Hintergrund getreten und es scheint, dass wir mit diesem Maßnahmenpaket eine ganze Zeit auskommen müssen. Die Bundesregierung scheint sich entgegen der ursprünglichen Perspektive „Wir retten Weihnachten“, so nenne ich das einmal als Überschrift, tatsächlich mit den jetzigen Maßnahmen auf einen Modus eingestellt zu haben, der ein Stück weiter verlängert wird, bis irgendwann dann über die Impfung ein Ausweg aufgezeichnet ist.

Das kann aber dauern. Im optimistischen Szenario sind wir erst im Juli 2021, wenn so viele Einheiten des Impfstoffs tatsächlich da sind, bei einer Bevölkerungsimpunität, die ausreichen würde. Möglich ist aber auch, dass es Komplikationen gibt, die Wirkung sich doch nicht so flächendeckend durchsetzt, es Menschen gibt, die sich der Impfung verweigern – und die letzten Zahlen sind ja tatsächlich erschreckend hoch –, es könnte sein, dass Mutationen auftreten und wir noch länger warten müssen. Daher glaube ich, dass wir auch anhand dieses Maßnahmenpakets gut darüber beraten müssen, was eigentlich die Perspektive ist, was auch für den Beginn des nächsten Jahres die Perspektive ist.

Zwei Alternativen, die derzeit bei den bisherigen Perspektiven diskutiert werden, kommen für mich nicht in Frage: Die eine ist ein noch schärferer Lockdown, um die Zahlen noch schneller herunterzubringen und dann mit einer Lockerung endlich wieder mehr Normalität zu erreichen. Wir wissen aber, dass der Stand der Infektionen derzeit so hoch ist, dass es uns nicht gelingen wird, ganze Gebiete quasi so coronafrei zu bekommen, dass man bei Lockerungen nicht wieder in eine ähnliche Entwicklung kommen kann.

Der andere Lösungsweg sagt, wir schützen die vulnerablen Bevölkerungsgruppen dadurch, dass wir

sie isolieren. Das ist aus unserer Sicht vollständig indiskutabel. Ein Viertel der Bevölkerung können und wollen wir nicht isolieren, das ist keine Diskussion, die wir verfolgen dürfen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Auswertung des RKI zu vermutlichen Ansteckungsorten sagt uns ja, dass nach der häuslichen Infektion oder der Infektion in Pflege- und Gemeinschaftseinrichtungen nach wie vor mit Abstand der Arbeitsort und Schulen und Kitas Infektionstreiber sind. Auch Krankenhäuser und Gemeinschaftsunterkünfte spielen eine spürbare Rolle. Ferner weist das RKI ausdrücklich darauf hin, dass Übertragungsorte, an denen sich Menschen anonym treffen – das ist nun einmal genau in Bus und Bahn oder auch in der Stadt oder beim Einkaufen –, nicht systematisch nachgewiesen werden können und wir hier mit einer hohen Dunkelziffer rechnen müssen. Das sind also die Bereiche, an die wir auch weiterhin noch heranmüssen, um sie ansteckungssicherer zu machen: Schulen, Betriebe, ÖPNV, vermutlich auch nach wie vor öffentliche Orte, Plätze, Fußgängerzonen.

Hier treffen wir bereits auf eine starke Haltung, die im Grundsatz sagt, das brauchen wir jetzt nicht mehr, das lohnt sich nicht mehr, wir haben es doch fast geschafft. Ich glaube, dass wir uns diese Diskussion, diese politische Bequemlichkeit nicht gönnen dürfen. Wir müssen weiterhin genau hinschauen, an welchen Stellen Übertragungen stattfinden und dafür Konzepte finden, um zu vermeiden, dass wir in eine Dauerverlängerung von gleichen oder verschärfenden Maßnahmen kommen. Unsere Aufgabe ist noch lange nicht gemacht, wir stecken immer noch mittendrin.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, dass wir in dieser Diskussion grundsätzlich nach wie vor die Verantwortung haben, die bisherigen Maßnahmen, die mittelfristigen Maßnahmen weiter zu begründen und in einem politischen Diskurs auszudiskutieren. Ich möchte aber auch deutlich machen, dass es mir nicht darum geht, diejenigen zu überzeugen, die nicht überzeugt werden wollen, die als Verschwörungstheoretiker*innen, als Leugner*innen gemeinsam oder auch selbst als Rechtsradikale unter dem Deckmantel der Kritik und Meinungsfreiheit vor dem symbolträchtigen Sturm auf die Institutionen der Demokratie keinen Halt mehr machen oder für ihre Zwecke auch Symbole der Nazidiktatur verwenden.

den. Die Opfer dieser Menschheitsverbrechen werden dadurch verhöhnt, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für all dies habe ich nicht das geringste Verständnis und bedanke mich dafür, dass das in diesem Rahmen auch so breit mitgetragen und diskutiert wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Als Fraktion DIE LINKE haben wir immer gesagt, dass man nicht per Coronaverordnung die Versammlungsfreiheit des Grundgesetzes abschaffen oder einschränken darf. Das hat Bremen deshalb auch anders als viele andere Bundesländer im harten Lockdown im Frühjahr nicht gemacht. Gerichte haben diese Linie ja auch an vielen anderen Stellen korrigiert. Bilder wie in Berlin oder Leipzig kann ich mir allerdings angesichts der derzeitigen Coronaleugner auch in Bremen schwer vorstellen. Ich gehe deshalb davon aus, dass das Innenressort die Demonstrationen unter Beibehaltung der grundgesetzlich verankerten Versammlungsfreiheit mit entsprechenden Auflagen versieht und diese selbstverständlich auch konsequent durchsetzt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich spreche heute als Fünfter, daher werde ich nicht noch einmal die ganzen Rahmenseetzungen, die auf der Ministerpräsidentinnen- und -präsidentenkonferenz gemeinsam mit der Bundeskanzlerin vereinbart wurden, wiederholen und nur einmal im Schnelldurchlauf noch einige nennen. Wir sind weiterhin auf dem Weg, die Zusammenkünfte von Personen auf fünf Personen und zwei Haushalte zu beschränken. Der Verzicht auf nicht notwendige Reisen bleibt aufrechterhalten, auch die Schließungen in vielen Bereichen des Kulturbetriebes und der Gastronomie gehen in die Verlängerung und strengere Maskenpflichten werden aufgenommen sowie Beschränkungen auch in Geschäften. All diese Regelungen zielen weiterhin darauf ab, die Kontakte zu reduzieren und dadurch die besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen zu schützen.

Es sollen auch FFP-2-Masken an Risikogruppen verteilt werden, wie es in Bremen schon länger gemacht wird. Wie zu erwarten, ist insbesondere der Bereich, den ich jetzt noch nicht genannt habe, nämlich der Bildungsbereich, Ausdruck von unterschiedlichen gesellschaftlichen Perspektiven und auch von Streit in diesem Raum. Nach den Sommerferien hatten wir eine Entwicklung, in der die Zahlen getrieben durch Reiserückkehrer*innen, aber insbesondere auch durch die Witterungsver-schlechterung hochgegangen sind und wir in den

Schulen häufig kohortenweise Quarantäne hatten. Parallel sind dann ergänzende Maßnahmen entwickelt worden, um eine Infektionsvermeidung an den Schulen zu etablieren, und Unterrichtsmaterial und Didaktik wurden auf die neuen Unterrichtsformen umgestellt.

Mit der letzten Verordnung haben wir dann allerdings eigentlich die Schulquarantäne ausgesetzt, da wir von der Perspektive weggegangen sind, dass bei einem positiven Fall in einer Schule ganze Kohorten oder Klassenzüge in die Quarantäne gegangen sind. Im Endeffekt hat das dazu geführt, dass Lehrkräfte, genau wie die Mitschülerinnen und Mitschüler, nur dann nach Kontakt mit einer infizierten Person effektiv geschützt werden konnten, wenn jemand eingeräumt hätte, die Auflagen nicht zu erfüllen.

Deshalb halte ich es für richtig, dass dieser zwischenzeitliche – ich nenne es jetzt einmal so – „Fehler“ in dieser Verordnung geheilt wurde, indem gesagt wurde, dass jetzt wieder die Möglichkeit besteht, eine Quarantäne anzuordnen, wenn ein Kontakt mit positiv getesteten Personen bestand, und jetzt aber versucht wird, dadurch auch den Gesundheitsschutz in den Schulen wieder zu verschärfen.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Eine Herausforderung wird das allemal werden, insbesondere weil die Möglichkeit geschaffen wird, diese angeordnete Quarantäne frühzeitig zu beenden. Das ist eine Neuerung, und ich glaube auch, diese Neuerung ist viel diskutiert und nicht ganz leicht zu beantworten. Es soll ja nun so sein, dass ich mich nach fünf Tagen nach Letztkontakt testen lassen kann und mit einem negativen Testergebnis die Quarantäne beende. Im Grundsatz ist das nachvollziehbar, um die Bildungsmöglichkeiten aufrechtzuerhalten und den Menschen die Rückkehr in die Schule wieder zu ermöglichen. Gleichzeitig ist das ein erheblicher organisatorischer Aufwand, brauchen wir doch in erheblichem Umfang Testkapazitäten und geschultes Personal, um diese Testungen zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein politischer Kompromiss, den ich für angemessen halte und der uns dennoch vor einige Herausforderungen stellt. Ich bin mir sicher, wir werden dazu noch viele Diskussionen führen, wie wir das dezentral ermöglichen können.

Ich möchte mit zwei Sätzen noch einmal auf die Frage der Ferien eingehen. Wir haben in Bremen eine Regelung eingeführt, die darauf abzielt, den Ferienbeginn auf freiwilliger Basis vorzuziehen. Die allermeisten Bundesländer haben ja eine grundsätzliche Regelung getroffen. Auch in dem Fall, dass man die Ferien grundsätzlich vorzieht, brauchen wir eine Notbetreuung, die organisiert werden muss, für die sich Eltern anmelden müssen, mit der wir dann auch weitere Schwierigkeiten haben. Das heißt, wir hätten möglicherweise ein Notsystem über das Risiko, dass die Klassen vor Ort größer sind als die jetzt wahrscheinlich an vielen Orten dünn besetzten Klassen, und gleichzeitig hätten wir eine Durchmischung bestehender Kohorten, was aus epidemiologischen Gesichtspunkten durchaus Risiken beinhaltet.

Fakt bleibt für diese Regelung aber auch, dass die Freiwilligkeit der Unterrichtsteilnahme für viele keine echte Wahlmöglichkeit ist, sondern, als Beispiel, eine berufstätige Alleinerziehende in den meisten Fällen nur schwer eine private Notbetreuung aus dem Hut zaubern kann und so darauf angewiesen sein wird, das Kind in die Schule zu schicken.

Ich sehe also durchaus Licht und Schatten, glaube aber, dass es die Freiwilligkeit am Ende des Tages ermöglichen wird, hier eine Betreuung für die Eltern zu ermöglichen, ohne dazu ein gesondertes System aufzustellen. Wir werden damit die Durchmischung der Kohorten verhindern. Ich glaube, der Senat hat einen gangbaren Weg gewählt, und wir unterstützen diese Entscheidung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Pandemiebewältigung kostet den Staat gewaltige Mengen an Geld, die in den regulären Haushalten nicht abgebildet werden können. Für diese Notlage greift eine Regelung der Landesverfassung, mit der wir das Neuverschuldungsverbot aussetzen können, um die erheblichen Kosten für die Krisenbewältigung in den Griff zu bekommen. Das Land Bremen hat einen Fonds in Höhe von 1,2 Milliarden Euro aufgestellt, insbesondere im Verhältnis zum Haushalt eine gewaltige Summe. Ich habe daher überhaupt kein Verständnis dafür, wenn der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU nun schildert, dass er in Zukunft auf die Solidarität der Länder setzen wird. Als ob dies nicht schon lange geschehe!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Für die sogenannten Dezember- und Januarhilfen müssten die Länder eigene Anteile erbringen, das würde insbesondere Bremen heftig treffen und benachteiligen. Ich möchte für die Fraktion DIE LINKE an dieser Stelle unmissverständlich klarmachen, dass diese „Absetzungsbewegung“ eine Art Worst Case darstellen sollte, da wir im Endeffekt auf größeren finanziellen Herausforderungen sitzen bleiben würden. Bundeseinheitliche Regeln können nur dann aufrechterhalten werden, wenn die Kosten auch gemeinschaftlich über den Bund abgedeckt werden.

Sollten die Länder in die Pflicht genommen werden, die Pandemiekosten noch stärker zu tragen, dann wird der Gesundheitsschutz der Bevölkerung im Zweifelsfall an der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes hängen. Hier nachzusteuern, zusammengenommen mit den beschränkten Landeskompetenzen auf der Einnahmeseite, wäre eine drastische Entwicklung, der wir uns aus Länderperspektive so deutlich entgegenstellen müssen.

(DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir aber über die Frage der Lastenverteilung sprechen, möchte ich auch noch einmal einen Punkt anmerken. Wir werden in der Coronanachbereitungszeit – und ich glaube, es ist nie zu früh, darüber nachzudenken – darüber sprechen, wer und wie wir diese aufgehäuften öffentlichen Schulden ausgleichen werden. Deshalb glaube ich auch, dass wir beginnen müssen, eine Debatte über eine Vermögensabgabe zu führen. Damit meinen wir nicht Omas Haus, damit meinen wir nicht den kleinen und mittelständigen Betrieb, der in der Krise vor erheblichen Herausforderungen stand, damit meinen wir das obere eine Prozent, das insgesamt 32 Prozent des Gesamtvermögens hat, und übrigens haben zwischen März und November die 119 Milliardäre noch einmal 600 Milliarden Euro zugelegt.

Es gibt zwei Alternativen, mit den Schulden umzugehen. Erstens, wir kürzen drastisch in die öffentlichen Haushalte hinein – das betrifft dann Soziales, das betrifft dann Bildung, das betrifft aber auch die Polizei, das betrifft die Krankenhausinvestitionen – oder wir führen eine gesellschaftliche Debatte über Umverteilung. Wir plädieren für das Zweite, wir brauchen nach der Krise eine Lastenverteilungsdiskussion, und die kann nur über eine Vermögensabgabe gelöst werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Einen Punkt möchte ich noch zu den Impfstoffen sagen. Das hatte der Bürgermeister eingangs schon geschildert, welchen enormen Erfolg die internationale Forschungsgemeinschaft geleistet hat. Gleichzeitig glaube ich aber auch, dass wir dringend über die Frage der Patente diskutieren müssen, und in dieser Situation dringender als an vielen anderen Stellen.

Viele Länder des globalen Südens haben innerhalb der WHO dafür plädiert, dass die Patentrechte für diese Lage ausgesetzt werden, um eine weltweite Verteilung des Impfstoffes zu ermöglichen. „Ärzte ohne Grenzen“ hat einen ähnlichen Vorschlag gemacht. Die Länder des globalen Nordens und leider auch die EU stehen diesem Vorschlag entgegen. Wir brauchen dringend eine derartige Regelung und müssen die Patente hier aussetzen, um eine weltweite Verteilung des Impfstoffs zu ermöglichen. Das ist unsere Pflicht, alles andere wäre fahrlässig.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte es dabei belassen. Wir werden uns in Bremen den vereinbarten Regelungen des Bundes anschließen. Wir werden auf Dauer eine neue und eine erweiterte Debatte um die strategische Lösung dieser Krise brauchen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, durch zielgerichtete Maßnahmen soziale Härten aufzufangen, und es wird unsere Aufgabe sein, über einen Lastenausgleich zu diskutieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Lencke Wischhusen das Wort.

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Herzstück jeder Zivilisation und deren Entwicklung sind Werte, die unser Handeln und unsere Zukunft definieren. Die beiden wichtigsten Merkmale unseres Zusammenlebens sind Vertrauen und Verantwortung. Vertrauen und Verantwortung sind zwei verbundene Ringe, denn sie sind voneinander abhängig und bedingen sich stetig. Betrachten wir jetzt die derzeitige Politik in der Coronasituation im Hinblick auf diese beiden wichtigen Werte, wird eines sehr schnell deutlich: Einer der wichtigen Indikatoren, wie Menschen sich fühlen, ist derzeit ver-

letzt, nämlich das Vertrauen in die Verantwortlichen. Den Verantwortlichen glaubt man weniger und weniger.

Momentan stellt sich täglich, ja stündlich die Frage: Trauen wir wirklich noch den Entscheidungen der Verantwortlichen? Traut die Bevölkerung den Politikern, den Politikerinnen zu, dass sie mit ihrer Verantwortung richtig handeln? Trauen wir den Zahlen des RKI, der Begründung zum Lockdown? Ist der Lockdown light wirklich light, wenn es für manche Branchen das komplette Aus bedeutet? Ist dann Lockdown light nicht eher richtig heavy, schwer und einschränkend, wie für die Veranstaltungsbranche, die Gastronomie, Kinos, Theater, Kosmetikerinnen, Bühnendarsteller, Musiker, Hoteliers und viele mehr? Die betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmer, Soloselbstständige, Künstler und viele mehr sehen den Begriff light dann ganz anders. Für die ist es eine existenzbedrohende Krise. Es geht um Verantwortung und Vertrauen in unserem Land.

Wenn wir die Bevölkerung mitnehmen wollen und Verständnis für die Maßnahmen erhalten wollen, dann muss sich etwas ändern. Selbst Armin Laschet sagte, so kann es nicht weitergehen. Wir fordern mehr Transparenz bei der Entscheidungsfindung. An dieser Stelle möchten wir dafür danken, dass wir heute über die Beschlüsse diskutieren, bevor sie dann morgen in Kraft treten. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, denn es geht hier um nichts weniger als die Balance zwischen Sicherheit, Gesundheit und persönlicher Freiheit.

(Beifall FDP)

Erst wenn wir die Prozesse und Entscheidungsfindungen transparent gestalten, können wir auch Akzeptanz flächendeckend erreichen. Die Bevölkerung bekommt nur so das Gefühl, mitgenommen statt vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wir erwarten eine klare Linie im Handeln, und vor allem erwarten wir Planbarkeit.

Für unsere Schülerinnen und Schüler gibt es nur einmal die Chance, zur Schule zu gehen. Es ist sehr richtig, die Schulen und Kitas offen zu halten und dieser Weg ist ein wichtiger Schritt, um Kindern auch das soziale Miteinander zu ermöglichen. Nicht jeder hat Geschwister und ein sorgenfreies, liebevolles Elternhaus.

Doch wir müssen dafür sorgen, dass Schule von Lehrkräften nicht als Ort der Angst wahrgenommen wird, sondern Schule sollte Ort des miteinander Lebens, Lehrens und Forschens sein. Wir sollten Innovationen genau an dieser Stelle zulassen. Technische Innovationen, die die Luft reinigen, und auch mentale Innovationen, dass wir nämlich vom neuen Lernen profitieren und damit auch etwas Neues ausprobieren können. So wird die Krise tatsächlich zur Chance.

Doch leider sind Menschen zunehmend verunsichert. Es gibt Fragen: Wie lange dauern die Einschränkungen noch an? Hält das Unternehmen, für das ich arbeite, durch? Verliere ich bald meine Arbeit? Wann dürfen meine Freunde mich wieder besuchen? Wann darf ich wieder Geburtstage feiern? Fragen, die viele Menschen beschäftigen.

Denn eines ist klar: Wir kommen aus einer Evolution heraus, in der wir es geschafft haben, das Credo „wir leben um zu arbeiten“ umzudrehen. Jahrhunderte haben wir gearbeitet, um zu leben. Doch genau das, was das Leben lebenswert macht, das Vergnügen, die Werte von Freunden und Familie, das Miteinander, etwas erleben, ausgehen, feiern, Kultur genießen und sich dabei fortbilden, das alles wird uns jetzt zum Teil genommen. Der Aufruf der Bundesregierung: „Bleibt zu Hause!“, begleitet von Bildern des auf dem Sofa Liegens, Faulenzens und Fernsehens, widerspricht allen Werten von Fleiß und Strebsamkeit, die uns von Kindesbeinen an antrainiert wurden.

(Beifall FDP)

Um es noch einmal deutlich zu sagen, es fehlt die klare Linie, wohin der Weg eigentlich führt. Eine Exit-Strategie ist nicht erkennbar. Gefühlt gibt es für viele keinen Ausweg aus der Krise und das für uns Normale ist irgendwie nicht in Sicht.

Es ist sowieso fraglich, ob wir uns nicht bereits jetzt so an die Regeln gewöhnt haben, dass unser „altes Normal“ von vor zwölf Monaten so nicht mehr zurückkommen wird. Was machen die neu getroffenen Maßnahmen beziehungsweise die verlängerten Maßnahmen auch emotional mit uns? Es gibt Menschen, die haben seit fast einem Jahr ihre Enkelkinder nicht gesehen. Jetzt zur Adventszeit müssen Eltern mit großen Kindern entscheiden, wen sie sehen wollen, da nur zwei Haushalte erlaubt sind. Sie müssen sich entscheiden.

Ein Paar, das seine goldene Hochzeit hat, darf nicht mit Hygienekonzept im Restaurant feiern und damit stolz mit Freunden und Familie auf das Lebenswerk und die Lebensliebe zurückblicken. Was ist denn die Konsequenz aus solchen Verboten? Es wird eben Menschen geben, die sich dann nicht an die Regeln halten und doch zu Hause feiern, nur eben ohne Abstandsregeln, ohne Kontrollen und ohne Hygienekonzept. Eine goldene Hochzeit, den 80. Geburtstag, den Abschied von Verstorbenen und die Geburt oder den 18. Geburtstag des Kindes gibt es nur das eine Mal im Leben.

Ja, natürlich geht es um Solidarität, um Verantwortung für uns und unsere Mitmenschen, doch dann sollten wir auch Lösungen anbieten. Die getroffenen Maßnahmen, Hotels und Restaurants wieder zu schließen, haben, zumindest den Zahlen nach, keine erkennbaren Verbesserungen der Infektionszahlen ergeben, und trotzdem halten wir daran starr fest, obwohl Pandemie und Virologen bereits kritisch und medienunterstützt die Regierung dafür kritisiert haben. In Restaurants und Hotels können wir kontrollieren, zu Hause leider nur schwer.

So oder so müssen wir jetzt in der Konsequenz darauf drängen, dass die Maßnahmen auch für alle gelten. Der Rechtsstaat muss greifen und, auch wenn es unangenehm ist, handeln. Wir dürfen eben nicht bei Hochzeiten und Beerdigungen mit hunderten Leuten die Augen verschließen und dann beim 80. Geburtstag mit fünf Freunden die großen Kontrollen fahren.

Unter dem Strich heißt das, dass die innere Logik der Maßnahmen endlich erkennbar sein muss, aber genau diese innere Logik fehlt zum Teil. Erklären Sie uns doch bitte, warum ein Geschäft mit 801 Quadratmetern vom Virus stärker bedroht ist als eines mit 799 Quadratmetern. Diese innere Logik erschließt sich uns nicht.

Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass Menschen, um zu dem Geschäft zu kommen, gern mit dem Bus und der Bahn fahren. Ich glaube, ich muss Ihnen nicht sagen, wie es dort aussieht. Der ÖPNV ist oft sehr überfüllt, und auch in den Zügen der Deutschen Bahn sitzen Menschen auf dem Boden, weil die Plätze alle belegt sind. So ein Waggon hat keine 800 Quadratmeter, dort sitzt man eng nebeneinander und die Luftmenge ist weitaus kleiner. Das meinen wir mit innerer Logik. Es ist einfach zum Teil nicht nachvollziehbar, was an Maßnahmen beschlossen wurde.

Und es geht weiter: Wir erlauben keine Weihnachtsmärkte im Freien unter Auflagen der Hygieneregeln. Übrigens, in diesem Zusammenhang von Weihnachtsmarkt und Ausschank, Herr Röwekamp, habe ich mich eben über Sie ganz schön gewundert. Ich darf mich ja wundern, denn beim letzten Mal haben Sie uns vorgeworfen, Sie könnten nicht begründen private Treffen einzuschränken und dafür eine Party auf dem Marktplatz zuzulassen. Heute sind Sie bei der Party dabei. Ganz verstanden haben wir das ehrlich gesagt nicht und auch da erschließt sich, uns jedenfalls, die innere Logik nicht.

Was spricht gegen kleine Buden draußen in der Innenstadt? Wir würden den Menschen ihr Weihnachtsgefühl zurückgeben und den Betreibern die Sorgen um ihre Existenz nehmen. Wir haben sie doch alle heute Morgen wieder gesehen. Es sind verantwortungsvolle Unternehmerinnen und Unternehmer. Warum vertrauen wir nicht auch in ihr Verantwortungsgefühl? Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte lobte heute Morgen die Eigenverantwortlichkeit der Bremerinnen und Bremer, der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener. Ja, wir haben alle Respekt vor dem Virus. Wir alle stellen den Gesundheitsschutz in den Mittelpunkt des Lebens, und genau deshalb sollten wir Leben verantwortungsbewusst ermöglichen.

Was wir hingegen nahezu gar nicht regulieren ist das Einkaufen in Supermärkten. Das geht selbstverständlich unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln relativ normal weiter. Doch wie sieht denn das aus? Menschen, die ihr Einkaufskorbchen am Eingang greifen, sich dann das schönste Stück Obst herausuchen und erst einmal zehn andere Orangen angefasst haben, bevor die richtige gefunden ist, dann die Kühlschränktüren betätigen, um an der Kasse kontaktlos zu bezahlen, damit man dann doch seinen PIN in das Gerät eingibt.

Es wird darüber diskutiert, dass sich Viren auf glatten Oberflächen lange halten. Das bedeutet, dass Selbstbedienungskassen, Auskunftsbildschirme in Shoppingcentern und viele andere Flächen, die berührt werden, so zu einer echten Bedrohung werden können. Leider ist das aber viel zu wenig erforscht. Es wäre dringend geboten, unser Wissen dort zu erweitern. Überall sind die Viren verteilt, aber das nehmen wir in Kauf, und Lösungen und Regulierungen sind in dem Fall noch lange nicht in Sicht.

Wir sollten doch versuchen, die vor allem vulnerablen Gruppen zu schützen. Das sollte unser Ziel sein, denn die sind von der Sterblichkeit durch das Virus bedroht. Es müssten für zusätzliche Zielgruppen spezifische Präventionsmaßnahmen getroffen werden, um gezielter Menschen zu schützen und damit ein Leben mit dem Virus zu ermöglichen.

Jetzt reden zunehmend mehr Menschen über einen Impfstoff und die Hoffnung ist groß, dass endlich einer kommt. Ziel muss sein, die Epidemie stabil zu kontrollieren, wenn es auch zu Verzögerungen in der Entwicklung und später Bereitstellung des Impfstoffs kommt. Es wird Jahre dauern, bis die ganze Bevölkerung geimpft ist. Auch hier fehlt für uns insofern ein wenig die innere Logik, als dass für Bremerhaven ein Impfzentrum und für Bremen mit knapp viermal so vielen Einwohnern auch erst einmal nur ein Impfzentrum geplant ist.

Zur Wahrheit gehört auch, dass die Gesundheitsämter schon jetzt massiv überfordert sind und mit dem Testen nicht hinterherkommen. Wie soll das also funktionieren? Wie ist das Impfkonzept für Bremen? Wie sieht die Impfstrategie aus? Wir fordern technische Innovationen, dass endlich die App funktioniert und Anwendungen integriert werden, denn so könnten auch Restaurantbesuche ohne Probleme ermöglicht werden.

Die Pandemie drückt unseren Wohlstand und unser Vertrauen massiv nach unten. Die Unternehmen haben stark zu kämpfen, und es ist absolut positiv zu sehen, was an Hilfsmaßnahmen getroffen wurde. Doch die müssen jetzt auch fließen. Es darf nicht sein, dass Unternehmen so lange auf Auszahlung warten oder einige jetzt am Beratungsstau der Steuerberater leiden, weil sie die geforderten Informationen nicht bereitgestellt bekommen und so lange der Zugang zu den Mitteln verwehrt bleibt. Die Auszahlung dauert für einige, die eben kein Polster haben, leider viel zu lange.

Es gibt auch immer noch Gruppen, die von den Hilfen ausgeschlossen sind, und die Schulendlast, die sich aufhäuft, drückt schon jetzt auf die Schultern der kommenden Generation. Diese Handlungsspielräume, die wir hatten, werden die künftigen Generationen leider so nicht erleben dürfen.

Die Regierung fordert jetzt die Firmen auf, zwischen den Feiertagen Betriebsferien zu ermöglichen. Doch für viele ist genau das die Zeit der Inventur. Es ist also ein frommer Wunsch, der viele vor Probleme stellen wird, zumal es bei den Beschäftigten zu einer Erwartungshaltung kommt, die

mit Frust einhergeht, sofern sie dann nicht erfüllt werden kann.

Wir müssen zu einer Strategie kommen, die uns ein Leben mit dem Virus ermöglicht. Ein Leben, das noch lebenswert ist, damit das Vertrauen in die Regierenden erhalten bleibt und die Perspektiven für das Morgen wieder gestärkt werden. Dabei hilft eben nicht nur das „zu Hause bleiben“ und „auf dem Sofa faulenzen“ zu propagieren. Wir haben alle großen Respekt vor dem Virus, wir wollen ihn eindämmen und genau deshalb verhalten wir uns entsprechend verantwortungsvoll.

Das Verantwortungsgefühl ist etwas sehr Essenzielles für unser gemeinschaftliches und sicheres Zusammenleben, denn wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun, sagte schon Molière und Albert Camus fügte hinzu, dass die Freiheit in erster Linie nicht aus Privilegien, sondern aus Pflichten besteht.

Wir sind davon überzeugt, das Virus eindämmen zu können mit Innovationen, Kontrollen, mehr Tests, Kontaktbeschränkungen, Erforschung der Virenverteilung über Oberflächen, Hygieneregeln, FFP-2-Masken für vulnerable Gruppen, Sonderöffnungszeiten für vulnerable Gruppen, Ermöglichen von echter Quarantäne – da geht auch Berlin einen ganz spannenden Weg durch das Anmieten von Hotels, um Quarantäne zu ermöglichen –, und natürlich die Erforschung eines Impfstoffs. Daran sollten wir alles setzen, uns vorbildlich verhalten und dem Virus mit entsprechendem Respekt begegnen. – Danke!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Gibt es weitere Wortmeldungen?

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thomas Röwekamp.

Abgeordneter Thomas Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Verlauf der Debatte nur noch zu zwei Themen etwas sagen.

Frau Wischhusen, Weihnachtsmarkt und Glühweimbude ist, wenn man Bremen ein wenig kennt, ein großer Unterschied. Der Weihnachtsmarkt ist eines der großen touristischen Ereignisse, über viele Jahre mit Traditionen gewachsen. Er zieht hunderttausende von Menschen in unsere Stadt.

Ein solcher Weihnachtsmarkt ist in Zeiten wie diesen nicht vorstellbar. Er ist nicht planbar, dort können Abstands- und Hygienemaßnahmen nicht flächendeckend eingehalten werden, und deswegen ist die Absage des Weihnachtsmarkts in Bremen wie an vielen anderen Orten dieses Landes natürlich richtig. Ein Weihnachtsmarkt passt nicht in diese Zeit von Corona, Frau Wischhusen. Als CDU bleiben wir dabei.

Das schließt aber nicht aus, dass man, wie andere Städte auch, vielleicht hier und da eine Bude aufstellen kann, einen Imbiss oder einen Verkaufstand auch für Glühwein. Herr Güngör, wenn Sie sagen – –. Ich weiß ja nicht, wie Glühwein auf Sie wirkt, sonst würde ich sagen, lassen Sie uns einmal einen trinken.

(Heiterkeit – Beifall CDU)

Wenn Sie schon nach einem Glühwein völlig enthemmt sind, finde ich, dann könnten wir einmal einen trinken. Vielleicht gelingt Ihnen das ja schon nach Kinderpunsch.

(Heiterkeit)

Die Wahrheit ist doch aber, es ist ein riesengroßer Unterschied, ob ich ein Massenbesäufnis habe, wie Sie es hier zeichnen, oder ob es darum geht, wie jetzt am Wochenende in der Innenstadt, dass die Leute, wenn sie in der Innenstadt vielleicht ihre Einkäufe getätigt haben, kurz mit ihrem Ehepartner, Lebenspartner oder mit ihrem Sohn oder ihrer Tochter einen Glühwein trinken.

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Das ist doch ehrlicherweise noch kein Alkoholexzess.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Aber wer trinkt denn nur einen?)

Was erlaubt bleibt, ist, dass Sie sich einen Sechserpack bei Karstadt kaufen, um sich dann hinterher unter die Rathausarkaden zu setzen und mit Ihren Kumpels zu feiern. Warum ist das eine zulässig und das andere nicht? Die Verordnung, und nur das habe ich gesagt, die gibt darauf keine Antwort. Lesen Sie sich die Begründung einmal durch. Da steht, warum wir Gastronomie nicht öffnen. Weil die Menschen in geschlossenen Räumen, insbesondere unter Alkoholeinfluss, dazu neigen, Abstand und Hygiene nicht einzuhalten. Aber, meine Da-

men und Herren, wir reden nicht über geschlossene Räume, wir reden darüber, dass das draußen stattfindet. Deswegen bleibe ich dabei!

Natürlich schmeckt ein Glühwein anders als eine Bratwurst, Herr Güngör, aber die Verkaufssituation ist dieselbe. Verkaufen Sie den Leuten doch keine blauen Brillen, wenn Sie hier sagen, der Außer-Haus-Verkauf bleibt trotzdem wirksam. Ja, Sie können sich ab morgen in der Innenstadt den Thermobecher, den Verpackungsbecher geben lassen, mit Glühwein befüllen und den zu Hause kalt trinken. Die Möglichkeit zum Außer-Haus-Verkauf besteht. Aber das ist doch kein Ersatz für das, über das wir hier reden und das übrigens in anderen Ländern, Kommunen und Städten auch stattfinden kann, ohne dass die Menschen gleich massenweise sturzbetrunken gegen Abstandsregeln verstoßen.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Wer trinkt denn nur einen Glühwein, Herr Röwekamp?)

Ich halte diese Regelung unverändert nicht für tragfähig, sehr geehrter Herr Kollege Güngör.

(Beifall)

Dann finde ich Ihre Pirouetten in Sachen Bildung immer ein bisschen merkwürdig. Auf der einen Seite loben Sie den Senat, dass der genau das macht, was die Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin verabredet haben. Das finde ich auch, das finden wir richtig. Dann sagen Sie, deswegen ist es ein Riesenerfolg dieses Senats, dass alles gut klappt, obwohl der Senat ja nur das macht, was vorher andere miteinander verabredet haben. Dann sagen Sie am Ende, wir in Bremen haben eigentlich die beste Lösung für die zwei Tage vorgezogene Ferien oder Unterrichtsfreistellung.

Ehrlicherweise, ist doch die Wahrheit: 17 Länder machen es anders als wir. 17 Länder leben mit der Gefahr der Durchmischung von Schülerkohorten.

(Abgeordnete Sophia Leonidakis [DIE LINKE]: 17?)

17 Länder leben damit oder 16 Länder, ich weiß nicht, ob das 17. Land es genauso macht wie wir, aber 16 Länder leben auf jeden Fall mit diesen von Ihnen an die Wand gemalten Riesengefahren für Schülerinnen und Schüler. Nur Bremen sei sicher. Das ist doch Unsinn, Herr Güngör, das wissen Sie ganz genau und Sie wissen es auch genau, wenn Sie hier immer sagen, der Zentralelternbeirat sei da an ihrer Seite, was sein mag.

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Die GEW ist gegen Sie, der Personalrat der Schulen ist gegen Sie, Schülerinnen und Schüler verstehen dieses Durcheinander nicht und wollen jetzt wieder, zumindest in Bremerhaven, morgen und am Freitag in den Streik treten. Es ist doch nicht so, dass das, was Sie hier den Menschen als Ihre Lösung verkaufen, nachvollziehbar, schlüssig und für jeden auch tatsächlich begründet erscheint. Das Gegenteil ist der Fall.

Wir haben nicht die eine Regelung, die für alle Schulen in unserem Land gilt. In einige Schulen werden Schülerinnen und Schüler gehen, in andere Schulen werden sie nicht gehen. Die einen Eltern werden sie schicken, die anderen Eltern werden sie nicht schicken. Die einen über 18-Jährigen werden selbst hingehen, die anderen über 18-Jährigen werden es nicht tun.

Meine Damen und Herren, das ist doch keine geschlossene Botschaft zur Bekämpfung einer Pandemie. Hier ist doch gefordert, dass der Staat eine vernünftige Lösung, die alle Kinder gleichermaßen behandelt, findet und nicht ein solches Zuständigkeitschaos verursacht. – Ganz herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Sehr geehrter Herr Präsident!

17 Bundesländer? Ich frage nicht, wo zur Schule gegangen wurde, das wäre zu billig.

(Zuruf Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU] – Heiterkeit)

Ich will an dem Punkt nur noch einmal anknüpfen, denn Sie haben es nicht verstanden, Herr Röwekamp. Für den Großteil der Länder hat sich die Frage überhaupt nicht gestellt, weil die gar keine Ferien verlängert haben. Das haben sie nämlich nicht gemacht, sondern die haben die Ferien da, wo jetzt die anderen sieben Länder ihre verlängerten Ferien haben wollen. Für Hamburg zum Beispiel hat sich die Frage nicht gestellt, insofern ist es nur ein Teil. Von den Ländern, die sich dazu neu positioniert haben, hat Thüringen auch einen anderen Weg eingeschlagen. Insofern sind die Verhältnisse nicht so eindeutig, wie Sie es benennen.

Ansonsten sind dazu die Argumente ausgetauscht. Wenn man bundesweit Familie hat – zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, und mein Brüderchen und seine Familie jetzt überlegen müssen, wie sie das machen und in Nordrhein-Westfalen handhaben, oder die Frage mit der Notbetreuung und der Unsicherheit, gibt es eine Notbetreuung, gibt es keine Notbetreuung, in welchem Zusammenhang ist das, haben die Lehrer Präsenzpflcht, ja, sie haben übrigens Präsenzpflcht, oder haben sie keine Präsenzpflcht – dann stellt man fest, Diskussionen gibt es natürlich überall, weil ganz viele Menschen keinerlei Urlaub oder andere Möglichkeiten mehr haben, ihre Kinder zu betreuen.

Da muss man doch nicht so tun, wenn die Ferien vorgezogen werden, dass damit die Probleme gelöst sind. Nein, die fangen in den Ländern erst an, weil völlig unklar ist, gibt es Notbetreuung, in welchem Umfang gibt es sie, in welchen Kohorten wird sie durchgeführt? In Bremen gibt es da eine absolute Klarheit: Wer sein Kind nicht zu Hause lässt, der schickt es ganz normal in die Schule. Das ist klar, einfach und präzise, aber das ist nicht die beste aller Welten. Die beste aller Welten wäre, wenn wir ganz normal Schule hätten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist aber mindestens so klar und präzise wie das Vorziehen von Ferien. Das muss an dieser Stelle noch einmal deutlich gesagt werden. Hören Sie doch auf mit Ihrer Legendenbildung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dann gibt es natürlich auch noch die Länder, die jetzt vor den vorgezogenen Ferien noch einmal Tage vorschalten, an denen es den Eltern freigestellt wird, ihre Kinder herauszunehmen oder nicht herauszunehmen. Die haben sozusagen die doppelte Regelung, die vorgezogenen Ferien mit dem Problem der Notbetreuung und dann noch einmal zwei Tage vorher, an denen es den Eltern freigestellt wird, die Kinder zur Schule zu schicken oder nicht. Wenn uns hier der Vorwurf gemacht wird, es wäre unklar und nicht stringent, dann wüsste ich nicht, wie Ihre Wertung an anderer Stelle ausfallen würde.

Der zweite Punkt: Ich will zum Thema Schule nicht zu viel sagen. Ich will nur dafür plädieren, die Dinge einfach sachlich zu diskutieren. Dann kann man immer noch zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, aber man muss sie wenigstens sachlich diskutieren. Man darf nicht alles durcheinander

werfen, jeden Begriff, Wechselunterricht, Hybridunterricht, Halbklassen und so weiter und so fort, sondern man muss schon wissen, was man mit welcher Sache meint.

Natürlich ist völlig klar, dass man in Pandemiezeiten auch Distanzunterricht machen kann und braucht, dass die ganze Klasse dann eine Zoom-Vorlesung oder Zoom-Unterricht hat, wenn denn die technischen Voraussetzungen da sind und das Infektionsgeschehen es erfordert und sie nicht physikalisch vor Ort anwesend sind. Ja, das kann notwendig sein. Es kann auch notwendig sein, dass, wenn das Infektionsgeschehen ganz schlimm ist, eine Schule oder ein Teil einer Schule geschlossen wird – aber schulscharf!

Es kann auch notwendig sein, dass Klassen geteilt werden. Nur muss man sich doch dann deutlich machen, dass geteilte Klassen eben bedeuten, dass der Lehrer oder die Lehrerin immer nur dieser halben Klasse die Aufmerksamkeit widmen kann und, wenn die halbe Klasse sich in der Schule befindet, die Lehrerin oder der Lehrer zur selben Zeit nicht über Zoom oder über andere Dinge den anderen Teil der Klasse unterrichten kann, sondern die mit einer Aufgabe zu Hause sitzen, aber ohne Unterricht im eigentlichen Sinne zu haben.

Das kann notwendig sein, aber wir wissen doch, dass das dann nur in der Tendenz die Hälfte des Unterrichts bedeutet. Ja, das wird dann ein wenig dadurch kompensiert, dass die Lerngruppen kleiner sind. Aber man glaubt doch nicht, dass man in zwei Wochenstunden Deutsch das Gleiche lernt wie in vier Wochenstunden Deutsch. Selbst wenn es in den kleinen Gruppen besser läuft. Trotzdem kann es aus Gründen des Infektionsschutzes im Einzelfall notwendig sein, wo man sich die Situation in den Schulen vor Ort genau anschaut. Ich plädiere sehr dafür, diese sachliche Klarheit und Nüchternheit in der gesamten Diskussion nicht zu vergessen.

Dritter Punkt: Es ist richtig, dass man kritisch mit Zahlen umgeht. Man muss aber auch ein wenig aufpassen, dass man nicht so tut, als ob Zahlen jetzt gar nichts mehr aussagen. Wenn man das nämlich tut, dann zerstört man die Grundlage von rationaler Debatte. Herr Röwekamp, Sie haben gesagt, der Bürgermeister hat da von den ganzen Inzidenzen geredet, was sagt das denn schon alles aus? Da gibt es ja ganz viele Indikatoren.

Zum einen normiert das Bundesinfektionsschutzgesetz ausdrücklich, dass es entscheidend auf die

Inzidenz ankommt, die sieben-Tage-Inzidenz, das steht in § 28a Absatz 3 des Bundesinfektionsschutzgesetzes. Das ist ja immerhin schon etwas, sodass man nicht sagen kann, ach, ob Inzidenz oder etwas anderes, ist doch alles egal, einmal umgerührt, Hauptsache man hat Zweifel daran gesät, ob das irgendetwas aussagt.

Meine These ist, sehr kritisch mit den Zahlen umzugehen, aber nicht so zu tun, als ob sie gar nichts aussagen. Wenn sich die Inzidenz des Landes von 225 auf 115 verringert, dann mag das nicht die absolute Realität abbilden, veränderte Teststrategie, andere Gründe und so weiter und so fort, aber dass es gar nichts aussagt, stimmt nicht.

Wenn in Bremen der Reproduktionswert, also die Zahl, die darüber Aufschluss gibt, wie viele Menschen ein Infizierter im Durchschnitt ansteckt, bei 0,76 liegt und damit der niedrigste Wert von allen Bundesländern ist, dann mag das so nicht richtig sein. Vielleicht ist er auch 0,84 oder 0,92, aber dass er der niedrigste Wert von allen Bundesländern als Momentaufnahme ist und doch etwas aussagt, das kann man gar nicht bestreiten.

Wenn die Verdopplungszeit, also die Zeit, in der sich die Infektionsbestandsrate verdoppelt, in Bremen die höchste von allen Bundesländern ist und gestern bei 55, glaube ich, lag, dann mag es sein, dass die absolut nicht richtig ist, vielleicht lag sie auch nur bei 40 oder bei 32, aber dass es gar nichts aussagt, das glaube ich nicht.

Wenn die Zahl der Bremerinnen und Bremer, die im Krankenhaus sind, jetzt langsam zurückgeht, dann muss das nicht so bleiben, leider, dann kann der Trend sich auch wieder umkehren. Dass es aber gar nichts aussagt, stimmt nicht!

Wir müssen aufpassen in der rationalen, wissenschaftlich gestützten Argumentation, dass wir uns nicht selbst die rationale Grundlage nehmen. Wenn etwas so aussieht wie es aussieht, ich wollte jetzt keinen unpassenden Vergleich bringen, dann ist häufig auch etwas daran, und man kann die Dinge nicht vollständig von der Hand weisen. Wenn wir das tun, können wir gar nicht mehr miteinander diskutieren.

Ich wollte dann zum Punkt der Kontrolle kommen. Ja, natürlich ist es richtig, dass keine Trauerfeiern mit hunderten von Leuten stattfinden können. Das Entscheidende ist aber doch, dass kein Mensch wegschaut, sondern das Entscheidende ist doch, dass reagiert wurde, dass ganz klar gesagt wurde,

so geht das nicht, dass die Trauerfeier aufgelöst wurde und dass darauf mit den notwendigen rechtlichen Mitteln geantwortet wird. Das ist die Anforderung, aber genau das machen wir doch. Es kann doch niemand sagen, dass man bei den Kontrollen wegschaut.

Wer sich die Leistungsbilanz des Ordnungsamtes und der Polizei in den letzten Wochen anschaut, die kann man in vielen Pressemitteilungen nachlesen, der wird feststellen, es gibt einen ganz klaren und deutlichen Kontrolldruck. Unsere Linie ist, wir glauben, die meisten Menschen übernehmen Verantwortung, aber wer das nicht tut und wer nicht hören will, der muss fühlen. Das ist die klare Haltung des Senats, und die setzen wir auch in die Praxis um. Dafür brauchen wir keine Belehrung der Opposition.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Quadratmeterzahlen in Geschäften: Frau Wischhusen, es ist nicht so, dass ein Geschäft mit 801 Quadratmetern plötzlich 20 Quadratmeter pro Kunde vorhalten muss, sondern es geht immer um den 800 Quadratmeter übersteigenden Anteil. Warum haben wir diese Differenzierung gemacht? Weil das Leben natürlich auch ein Ausgleich von Interessen ist. Wenn man die 20-Quadratmeter-Regel für jedes kleine Geschäft gemacht hätte, hätte man zwar erreicht, dass kein Kunde mehr darin ist, dann hätte man aber diese Geschäfte zugrunde gerichtet.

Deshalb, ja, gilt für kleinere Geschäfte die 10-Quadratmeter-Regel, und für den 800 Quadratmeter übersteigenden Anteil der Verkaufsfläche die 20-Quadratmeter-Regel, weil wir gesagt haben, wir müssen etwas tun, wir müssen in den großen Einheiten, auch in den Shoppingmalls und in den großen Geschäften versuchen, die Zusammenballung von Menschen herunterzufahren und zu regulieren als einen Beitrag dazu, das Infektionsgeschehen in den Griff zu bekommen.

Natürlich ist das eine Einschränkung, aber es ist keine willkürliche, sondern es ist eine, die versucht, die Schwierigkeit des Interessenausgleichs aufzunehmen und mit einer differenzierten Regel zu beantworten. Ich sage nicht, dass man nicht eine andere hätte machen können. Willkür ist das aber überhaupt nicht, sondern dahinter stehen ein klares Ziel und eine klare Haltung. Ob das die bestmögliche Regelung ist oder ob es noch bessere gibt, darüber mag jeder streiten. Es ist jedenfalls eine, die ein klares Ziel verfolgt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich habe extra das Thema Glühwein zuletzt genommen, damit nicht gesagt wird, wir haben nichts anderes und nichts Besseres zu tun, als die Glühweinfrage zu erörtern, und wie enthemmend er wirkt und wie es mit Punsch ist und mit dem Eisbrecher und den verschiedenen Zubereitungsarten des Glühweins. Ich finde aber die Debatte richtig, vielleicht wegen der Bedeutung selbst. Das glaube ich aber nicht einmal, sondern wegen der Sache, die sich darin zeigt, und der Schwierigkeit, die sich darin zeigt. Nämlich die Schwierigkeit, das richtige Maß, die richtige Mitte und die richtige Abgrenzung zu finden.

Mir hat diese Debatte wieder etwas gebracht. Wir werden als Senat auch noch einmal darüber nachdenken. Ich werde das auch ganz offen sagen.

Die Problematik ist doch folgende: Wir schließen die Gastronomie und auch die Außengastronomie, nicht nur innen, auch die Außengastronomie, weil wir sagen, wir wissen nicht genau, wie das Infektionsgeschehen ist, aber bestimmte Bereiche führen zu vermehrten sozialen Kontakten. Die haben wir geschlossen, um die Kontaktdichte zu reduzieren als einen Beitrag zur Eindämmung des Virus. Das ist die Logik. Das haben hier auch alle in der Debatte so benannt, nicht weil wir gesagt haben, laut Untersuchung XY, sind die Kneipen an der und der Stelle für X-Prozent des Infektionsgeschehen verantwortlich, sondern aus der grundsätzlichen Argumentation heraus. Wir haben nicht nur die Innenräume, sondern auch die Außengastronomie geschlossen.

Wir haben richtigerweise auch den Weihnachtsmarkt als zentrale touristische Veranstaltung unter sagt, was ganz bitter ist, aber weil wir wissen, da kommen, das ist ja der Sinne der Sache, viele Menschen zusammen. Die stehen dicht an dicht, und die stehen dann auch draußen und trinken Glühwein. Diesen Effekt wollen wir nicht, insbesondere auch, weil wir die Gastronomie und die Außengastronomie geschlossen haben.

Jetzt haben wir Glühweinbuden. Die fangen an, Glühwein zu verkaufen. Das war ja auch gar kein Problem, da haben wir gesagt, die verkaufen halt Glühwein. Im Laufe der Zeit, weil die Menschen natürlich auch etwas anderes haben wollen, stehen immer mehr Menschen dort herum, trinken Glühwein. Das lässt sich am Ulrichsplatz, da sehe ich es am häufigsten, aber ich sehe es auch an anderen Punkten, sehr gut beobachten. Es werden also

mehr und was wir haben, ist eine faktische Außengastronomie. Da fehlt noch der Tisch zum Abstellen des Glühweins, dann hätten wir eine Außengastronomie.

Jetzt stellt sich die Frage, wie konsequent das denn ist? Können wir jetzt die Außengastronomie ansonsten verbieten und an der anderen Stelle eine faktische Außengastronomie zulassen? Das ist ja erst einmal ein Problem, das kann man nicht wegdiskutieren und sagen, der Senat hat wieder kein Verständnis für die Leute. Nein, das ist ein echtes Problem. Dann überlegt man sich, wie man mit dem Problem umgehen kann, weil man ja auf der anderen Seite möchte, dass da etwas passiert und weil die Leute ja auch gern einen Glühwein trinken. Wie bekommt man das jetzt in den Griff? Da sagt man, na ja, wir wollen keine faktische Außengastronomie, aber vielleicht wollen wir ja die Möglichkeit nicht ruinieren. Es ist das Richtige, so steht es jetzt in der Verordnung, man kann den Glühwein bedeckt, also nicht offen, verkaufen.

Dann sagt man, ja, das ist ja auch ein bisschen blöd, dann trägt man ihn mit nach Hause, dann ist er kalt, und dann fehlt auch jede soziale Interaktion, die damit ja auch verbunden ist. Wenn man es aber nicht reguliert, stehen am Ulrichsplatz, wo Maskenpflicht ist, viele Gruppen und trinken den Glühwein und damit ist es eine faktische Außengastronomie ohne Maske. Was macht man? Vielleicht müssen wir die Verordnung dahingehend ergänzen, dass wir sagen, es ist nicht erlaubt, Glühwein zum Zwecke des Verzehrs vor Ort zu verkaufen oder eine ähnliche Regelung, damit wir die Grenze zwischen dem, was möglich ist, und dem, was nicht möglich ist, noch genauer ziehen können.

Meine Damen und Herren, ich stelle das aber deshalb so dar, weil man mit jeder denkbaren Regelung natürlich eine Schwierigkeit hat, die Grenze genau zu ziehen und Gefahr läuft, Widersprüche zu produzieren. Nicht, weil der Senat nicht nachdenken kann, sondern weil die Materie so ist, dass die Abgrenzung immer schwierig ist und man Gefahr läuft, Widersprüche zu produzieren. Deshalb werden wir eine Entscheidung treffen müssen.

Bei jeder Entscheidung, die wir treffen, wird es aber auch die entsprechende Kritik geben. Trotzdem fand ich es gut und richtig, denn das ist die Aufgabe der Debatten. Nicht, dazu ist es nicht wichtig genug, an der Glühweinfrage festgemacht, aber grundsätzlich ist die Debatte darüber, was in Pandemiezeiten die richtige Grenzziehung ist, zwischen den notwendigen Einschränkungen aus

Gründen des Gesundheitsschutzes und den mildesten Mitteln aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und weil das Leben ja auch anders weitergehen muss. Das kann man an dieser Frage exemplarisch deutlich machen.

Insofern habe ich mir jetzt einmal mit den verschiedenen Punkten etwas mehr Zeit genommen, auf die Debatte einzugehen als bei den letzten Regierungserklärungen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Ich schaue jetzt noch einmal in die Runde. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann sind wir mit diesem Tagesordnungspunkt fertig und die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung dieser Sondersitzung angekommen. Ich bedanke mich, schließe die Sitzung und wünsche Ihnen eine schöne Woche.

(Schluss der Sitzung 12:14 Uhr)